

ZIS II Förderglossar

Teil B Soziale Stadt Aktionsfonds und Projektfonds für Fördernehmer

Dieses Förderglossar soll Fördernehmer wie Förderstellen bei der Umsetzung des Förderprogramms Soziale Stadt unterstützen. Es ist bei Förderungen gemäß der Verwaltungsvorschrift über die Gewährung von Fördermitteln im Programm Soziale Stadt (VV SozStadt 2014) anzuwenden.

Das vorliegende Förderglossar erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern wird regelmäßig ergänzt und aktualisiert.

Die Informationen dieses Verzeichnisses wurden nach bestem Wissen recherchiert und zusammengestellt. Die Inhalte geben Auskunft über den derzeitigen bekannten Stand. Eine Haftung ist ausdrücklich ausgeschlossen.

Wir sind offen für Anregungen aus der alltäglichen Praxis, sofern sie nicht im Gegensatz zu den grundlegenden Förderrichtlinien stehen.

Hinweis: Klicken Sie bitte für ausführlichere Informationen auf die einzelnen Stichpunkte

Inhaltsverzeichnis

Abgaben auf Löhne und Gehälter	3
Als baldige Verwendung	3
Antrag, Bearbeitungszeit	3
Antrag, Erfordernis für Änderungsanträge	4
Aufbewahrungsfristen	4
Aufwandsentschädigung	5
Bauabschnitte, Bildung von	5
Bauherrenleistungen	6
Bauvorhaben Bezirksamt (Planungsleistungen), Verfahren bei	7
Belege	9
Eigenbelege / Geldwerte Leistungen	10
Betriebskosten-Pauschale im Projektfonds	10
Bewilligungszeitraum	11
Bewirtung	11
Datenverarbeitung/ -erhebung	12
De-minimis-Beihilfe	12
Drittmittel	13
Eigenanteil: Eigenmittel und Eigenleistungen	13
Eigenleistungen Bezirke	14
Einnahmen	14
Entwicklungspflege	15
Erfolgskontrolle	15
Fahrtkosten / Reisekosten	15
Finanzplan, Änderungen	16
Förderzeitraum, Zahlungsvorgänge	16
Fristen für die Fördernehmer	16
Führungszeugnis, Erweitertes	17
Gebrauchtes Material	18
Gemeinkosten	18
Gut- und Warenscheine	19
Honorar	19
Indikatoren	20
Inventarisierung	20
Kooperationsprojekte	20
Künstlersozialkasse	22
Leistungsgewährungsverordnung	23

Logos	23
Maßnahmebeginn, vorzeitiger	23
Mindestlohn	24
Mitteilungspflichten	24
Öffentlichkeitsarbeit	25
Pauschalen	25
Personalausgaben	25
Personalausgaben, Sonderzahlung	26
Projektsteuerungskosten-Pauschale im Projektfonds	26
Publizität	28
Rückforderungsvorbehalt im Schlussbescheid	30
Sachbericht	30
Sach- und Personalkosten der öffentlichen Verwaltung	31
Sicherheitseinbehalte	31
Skonto, Rabatt	31
Sonderzahlung	32
Steuerungsleistung	33
Telefonkosten	33
Transparenzdatenbank	33
Trägerwechsel	33
Umsatzsteuer	34
Vergabe, einzureichende Unterlagen	34
Vergabe, freiberufliche Leistungen	35
Vergabe, geringfügig	36
Vergabe, Internetrecherche	36
Vergabe, Rahmenverträge	36
Vergabe, Veröffentlichungspflicht	37
Vergabe-Reader	37
Vergabeverstöße	37
Versicherungsbeiträge	37
Verwendungsnachweis	38
Vorsteuerabzug	38
Weihnachtsgeld	39
Widerruf	39
Zahlungsabruf (Private)	39
Zweckbindungsfrist	40
Zwischennachweis (Private)	40
Zwischennachweis (öffentliche Stellen)	40

Abgaben auf Löhne und Gehälter

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Besteht im Rahmen des Projektfonds eine gesetzliche Verpflichtung des Arbeitgebers zur Entrichtung bestimmter Beiträge oder Gebühren auf Löhne und Gehälter, so sind diese förderfähig, sofern die Ausgaben vom Projektträger tatsächlich und endgültig zu tragen sind. Neben dem Arbeitnehmer-Brutto sind somit bei abhängig Beschäftigten auch Beiträge zur Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege und Rentenversicherung sowie zur Berufsgenossenschaft (einschließlich Insolvenzgeld) förderfähig.

Die Beitragssätze zum Umlageverfahren (U1 und U2) sowie vermögenswirksame Leistungen sind ebenfalls förderfähig. Erstattungen hieraus sind jedoch als Einnahmen anzugeben.

Siehe auch **Sonderzahlung**

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Alsbaldige Verwendung

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Abweichend der Ziffer 7.2 der Ausführungsvorschrift zu § 44 Landeshaushaltsordnung verlängert sich bei Zuwendungen bis zu 50.000 € der Zeitraum der alsbaldigen Verwendung bei abzurufenden Jahresraten bis zu 10.000 € auf vier Monate bzw. bei Jahresraten zwischen 10.000 € und 20.000 € auf drei Monate. Ansonsten beträgt der Zeitraum der alsbaldigen Verwendung zwei Monate.

Ist absehbar, dass nicht alle Mittel innerhalb dieser Zeit verausgabt werden können, so hat der Fördernehmer die Förderstelle hierüber umgehend zu informieren.

Werden die Mittel nicht alsbald verwendet, kann die Förderstelle Zinsen erheben.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Antrag, Bearbeitungszeit

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Bei der Planung eines Projektes ist üblicherweise ein Zeitraum von 3 Monaten vom Einreichen des Antrags bis zur ersten Auszahlung einzukalkulieren. Dieser Zeitraum ergibt sich aus folgenden Arbeitsschritten: Antragsprüfung durch Programmdienstleister zzgl. Nachlieferungsfrist, Bescheiderteilung durch Förderstelle, Zustimmung des Fördernehmers hierzu und Stellen des 1. Zahlungsabrufs, Prüfung des Zahlungsabrufs zzgl. Nachlieferungsfrist und Auszahlung durch die Förderstelle. Daher sollten Anträge spätestens drei Monate vor Projektbeginn gestellt werden. Die Möglichkeit eines vorzeitigen Maßnahmebeginns ist nur für Ausnahmefälle vorgesehen. Der Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn ist bei der Förderstelle einzureichen.

Nachlieferungsfristen beim 1. ZA können z.B. durch Anforderung fehlender Kontoeröffnungsblätter entstehen.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Antrag, Erfordernis für Änderungsanträge

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Folgende Regelungen für Änderungsanträge bei Bewilligungen bzw. Förderzusagen sind zu beachten:

- Änderungsanträge sind erforderlich bei wesentlichen inhaltlichen Veränderungen des Projektes hinsichtlich der Zielsetzung bzw. der Durchführung und bei Änderungen des Finanzplanes (Erhöhung oder Überschreitungen) der Einzelansätze).
- Änderungsanträge sind grundsätzlich erforderlich bei Erhöhung der kalkulierten Gesamtkosten. Bei Veränderungen in der Höhe der geplanten Eigen- bzw. Drittmittel sind die Förderstelle und der PDL umgehend zu informieren.
- Keines Änderungsantrages bedarf es in folgenden Fällen:
 - Bei Änderungen des Finanzplanes gilt – auch bei Zuschüssen an öffentliche Stellen – die Regelung aus Ziffer 1.2 der Allgemeinen Nebenbestimmungen (ANBest-P) zu §44 Landeshaushaltsordnung: „Die Einzelansätze dürfen um bis zu 20 v. H. überschritten werden, soweit die Überschreitung durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen ausgeglichen werden kann. Dies gilt auch für Personalkosten.
 - Beruht die Überschreitung eines Einzelansatzes auf behördlichen Bedingungen oder Auflagen, sind innerhalb des Gesamtergebnisses des Finanzierungsplans auch weitergehende Abweichungen zulässig.“
 - Wenn bei Projekten des Projektfonds ein Einzelansatz neu eingefügt oder um mehr als 20 % erhöht wird dieser Betrag 500 € jedoch nicht übersteigt.
 - Verlängerungen der Projektlaufzeit können die Förderstellen in eigener Verantwortung formlos gewähren. Die Änderung ist in den Schlussbescheid (die Schlussmitteilung) aufzunehmen. Die Förderstelle informiert den PDL über Laufzeitänderungen.
 - Änderungen der bewilligten Jahresraten können die Förderstellen in eigener Verantwortung formlos gewähren, soweit dies im Rahmen des Kassenmittelmanagements möglich ist und die Gesamtsumme des Förderbetrages sich hierdurch nicht ändert.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Aufbewahrungsfristen

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Auch nach Abschluss eines Projektes und der Erteilung des Schlussbescheides hat der Fördernehmer noch bestimmte Pflichten. Er muss bestimmte Vorgaben aus der Förderung darüber hinaus beachten und ist auch weiterhin zu Auskünften über die Durchführung und Abrechnung des Projektes verpflichtet.

Zu den Pflichten kann außerdem gehören, dass angeschaffte Gegenstände auch über den Förderzeitraum hinaus für den Förderzweck eingesetzt werden müssen (siehe **Zweckbindungsfrist**).

Wichtig ist ebenfalls, dass für künftige Prüfungen die Unterlagen des Projektes so lange aufzubewahren sind, wie dies im Zuwendungsbescheid festgelegt ist. Die Frist beträgt aktuell 5 Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises, sofern nicht eine längere Aufbewahrungsfrist durch die Förderstelle bestimmt ist. Zu diesen Unterlagen gehören neben den Rechnungs- und Zahlungsbelegen auch sämtliche Dokumente, die die Durchführung des Projektes nachweisen. Der Förderstelle muss insbesondere mitgeteilt werden, wenn die Unterlagen künftig an einem anderen Ort aufbewahrt werden, da die Förderstelle immer informiert sein muss, wo die Unterlagen eingesehen werden können.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Aufwandsentschädigung

Zurück zu Inhaltsverzeichnis

Laut Nr. 1.1.3 Ausführungsvorschrift zu § 23 Landeshaushaltsordnung sind Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich erbrachte Leistungen im Rahmen von Zuwendungen des Projektfonds nicht förderfähig. Die Erstattung nachgewiesener Auslagen (z.B. Fahrtkosten) ist möglich.

Letztempfänger im Aktionsfonds können gemäß Ziffer 5.4.2.1 der VV SozStadt 2014 eine Aufwandsentschädigung für die Mitnutzung eigener Gegenstände (z.B. Büromaterial, Telefon, PKW) erhalten.

Diese erfolgt pauschal in Höhe von bis zu 3 % der nachgewiesenen förderfähigen Kosten der Aktion.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Bauabschnitte, Bildung von

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Haushalts- und förderrechtlich ist vorgeschrieben, dass Bewilligungen nur erfolgen dürfen, wenn die Gesamtfinanzierung des Vorhabens gesichert ist. Soll eine Baumaßnahme in mehreren Teilprojekten realisiert werden, führt dies dazu, dass die Bewilligung nur erfolgen darf, wenn die gebildeten Bauabschnitte in sich abgeschlossen sind. Dadurch ist gewährleistet, dass – wenn keine weitere Bewilligung von Mitteln erfolgt – der Bau trotzdem funktionsfähig ist.

In den Fällen, wo aufgrund einer beschränkten Verfügbarkeit von Mitteln die Aufteilung einer Maßnahme auf mehrere Programmjahre erfolgt und sofern für alle diese Fälle bereits eine Zusage der Förderstelle zur Aufnahme in die Programmplanung vorliegt, ist es ausnahmsweise möglich, eine rein finanztechnische Abgrenzung der Bauabschnitte vorzunehmen. In diesem Falle ist jedoch im Antrag darauf hinzuweisen, dass (und auf Basis welcher Zusagen) die Gesamtfinanzierung gesichert ist.

Eine solche Aufteilung von Maßnahmen sollte allerdings – soweit möglich – vermieden werden.

Wird eine Maßnahme in mehreren Teilprojekten realisiert, so ist unbedingt darauf zu achten, dass bei der klaren Abgrenzung der Bauabschnitte, die Zuordnung der Gewerke oder Leistungsphasen so erfolgt, dass sie auch während der Projektumsetzung eingehalten werden kann. Dies hilft, während der Laufzeit Änderungsanträge zu vermeiden. Die Vergabeunterlagen müssen ggf. für alle Teilprojekte, also mehrfach eingereicht werden.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Bauherrenleistungen

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Bei den Bauherrenleistungen ist zwischen Aufgaben der **Projektleitung** (DIN 276, Kosten-
gruppe 711) und der **Projektsteuerung** (DIN 276, Kostengruppe 712) zu unterscheiden.

Allgemein gilt:

Soweit ein Fördernehmer diese Aufgaben durch eigenes Personal erbringt, sind die Aufwendungen bei der Abrechnung durch Stundenzettel und Lohnjournale derjenigen Mitarbeiter, die diese Aufgaben übertragen bekommen haben, nachzuweisen. Bei öffentlichen Stellen können selbst erbrachte Leistungen nicht Bestandteil der Förderung sein. Der Wert der erbrachten Leistungen wird in diesem Fall aber als Eigenleistung anerkannt.

Leistungen, die von Externen übernommen werden sollen, sind in konkurrierenden Verfahren zu vergeben. Unterhalb der Schwellenwerte der Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF, derzeit: 207.000 €) bedeutet dies, dass mindestens drei Vergleichsangebote einzuholen und vorzulegen sind und das wirtschaftlichste dieser Angebote auszuwählen ist. Das Vergabeverfahren ist nachvollziehbar zu dokumentieren.

Kosten für die **Projektleitung** (originäre Bauherrenleistungen) werden nur bei privaten Fördernehmern gefördert. Bei öffentlichen Stellen ist diese Aufgabe gemäß Anhang B des Rundschreibens SenStadt VI A Nr. 7/2005 selbst zu erbringen. Sach- und Personalkosten der öffentlichen Verwaltung sind grundsätzlich nicht förderfähig (vgl. VV SozStadt 2014, Ziffer 5.4), sie können nur als (nicht-monetäre) Eigenleistung anerkannt werden. Zu dieser Aufgabe gehört:

- Kontrolle der Einhaltung der Förderbestimmungen
- Entscheidungen zur Terminplanung
- Entscheidung zur Aufstellung von Planungsunterlagen und zu Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
- Einholung öffentlich-rechtlicher Genehmigungen, Entscheidungen zu Bau- und Planungsverträgen, Gutachten o.ä. (einschl. Festlegungen im Vergabeverfahren, Entscheidungen zu Vertragsbedingungen und zu Abweichungen hiervon, Erfüllung der Ansprüche, Mängelansprüche)
- Entscheidung über Zielkonflikte
- Entscheidungen zur Mittelsteuerung
- Veranlassung von Veröffentlichungen
- Veranlassung und Verantwortung von Berichterstattung und Verwendungsnachweis

Kosten für die **Projektsteuerung** sind grundsätzlich bei allen Fördernehmern förderfähig; bei öffentlichen Stellen allerdings nur, sofern sie von Externen erbracht werden. Wird die Aufgabe von der öffentlichen Stelle selbst erbracht, ist eine Anerkennung als (nicht-monetäre) Eigenleistung möglich.

Zu dieser Aufgabe gehört:

- Abstimmung, Kontrolle und Fortschreibung von Terminplanungen
- Überprüfung von Planungsunterlagen und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
- Vorbereitung von Genehmigungsverfahren; Abgleich von deren Ergebnissen mit der Projektplanung
- Vorbereitung von Entscheidungen zu Bau- und Planungsverträgen, Gutachten o.ä. (einschl. Mitwirkung im Vergabeverfahren und bei der Erstellung der Vertragsbedingungen; Überwachung der Vertragserfüllung; Mitwirkung bei der Abnahme, Prüfung von Mängelansprüchen)
- Überprüfung und Wertung von Entscheidungsvarianten; Kontrolle der Umsetzung
- Aufstellung von Zahlungsplänen; Kostenkontrolle

- Zuarbeit für Veröffentlichungen
- Zuarbeit für Berichterstattungen; Vorbereitung des Verwendungsnachweises

Bei der Projekt-**Antragstellung** gelten die nachfolgenden Obergrenzen für die Anerkennung von Leistungen der Projektleitung und -steuerung. Diese beziehen sich auf die Erbringung des vollständigen Aufgabenpaketes. Werden nur Teilleistungen erbracht, ist die Höhe anteilig zu verringern. Grundlage der Vergütung sind die anrechenbaren Kosten (aK). Diese ergeben sich aus den Gesamtkosten nach DIN 276, jedoch **ohne** die Kostengruppen 110 bis 130, 220, 240, 710 sowie 760 bis 790.

Anrechenbare Kosten (aK)	Honorar Projektleitung (in % der aK)	Honorar Projektsteuerung (in % der aK)*
bis 50.000 €	4,5	4,5
bis 100.000 €	4,3	4,3
bis 150.000 €	4,0	4,0
bis 200.000 €	3,8	3,8
bis 250.000 €	3,5	3,5
bis 300.000 €	3,3	3,3
bis 400.000 €	3,0	3,0
bis 500.000 €	2,8	2,8
ab 500.000 €	2,5	2,5

* Bei Projekten mit deutlich überdurchschnittlichen Anforderungen können die Kosten für die Projektsteuerung um bis zu 0,3 % erhöht werden. Hierzu ist der höhere Anforderungsgrad bei der Antragstellung ausführlich darzulegen. Wesentliche Aspekte sind die Komplexität der Projektorganisation, die Erfahrung der Beteiligten, Besonderheiten des Vorhabens und spezielle Terminanforderungen.

Werden die Leistungen der Projektsteuerung an eine Person übertragen, die auch Grundleistungen nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) erbringt, so sind die o.g. Prozentsätze um 10 % zu kürzen.

Sofern sich im Zuge einer Ausschreibung herausstellt, dass das wirtschaftlichste Angebot oberhalb der im Finanzplan genehmigten Höhe liegt, können die zusätzlichen Kosten nur anerkannt werden, wenn der Fördernehmer einen Ausgleich an einer anderen Position erbringt.

Werden darüber hinaus sonstige Bauherrenleistungen (DIN 276, Kostengruppe 719) übertragen, dürfen die Zeithonorare folgende Stundensätze nicht überschreiten:

- für den verantwortlichen Projektleiter / -steuerer (mit Hochschulabschluss oder vergleichbarer Qualifikation): 54 Euro (plus MwSt)
- für Mitarbeiter, die technische oder wirtschaftliche Aufgaben erfüllen (mit Hochschulabschluss oder vergleichbare Qualifikation): 45 Euro (plus MwSt)
- für Mitarbeiter, die technische oder wirtschaftliche Aufgaben erfüllen (ohne Hochschulabschluss oder vergleichbare Qualifikation): 36 Euro (plus MwSt)

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Bauvorhaben Bezirksamt (Planungsleistungen), Verfahren bei

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Gemäß den Vorgaben des Rechnungshofes sind investive Projekte auf öffentlichen Flächen durch die bezirklichen Baudienststellen durchzuführen. Mit der Aufnahme von Projekten in die Programmplanung besteht die Möglichkeit, Planungskosten aus den übertragenen Mitteln zu finanzieren, ohne dass diese gesondert beantragt werden müssen. Die Ausgaben sind dann bei einer späteren Antragstellung geltend zu machen.

Förderfähig dabei sind:

- die Beauftragung von Steuerungsleistungen unter der Beachtung der Vergabevorschriften,
- zur Reduzierung des Aufwandes die gemeinsame Ausschreibung der Projektsteuerung für mehrere Projekte,
- Planungsleistungen Externer (z.B. zur Erstellung der Bauplanungsunterlage (BPU)).

Nicht förderfähig dagegen sind:

- die Beauftragung Dritter mit klassischen Projektleitungsaufgaben (wie Auszahlungen, Vergabeentscheidungen etc.) (vgl. Anhang B des Rundschreibens SenStadt VI A Nr.7/2005) (siehe auch Bauherrenleistungen) sowie
- die Vergabe der Gesamtfördermittel en bloc im Sinne eines Generalübernehmers.

Bei der Ergänzung bestehender Verträge sind deren ordentliche Vergabe sowie die Einhaltung der Grenzwerte für Zusatzaufträge zu beachten.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen sind vorzunehmen.

Für jede Baumaßnahme ist eine **Wirtschaftlichkeitsuntersuchung** gem. § 7 LHO durchzuführen. Dabei umfasst die Wirtschaftlichkeit nicht nur die Kosten, sondern stets auch den Nutzen eines Projektes. Vgl. hierzu Anhang 2 der ABau“Leitfaden für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bei der Vorbereitung, Planung und Durchführung von Baumaßnahmen. Die ausführliche Wirtschaftlichkeitsuntersuchung gem. §7 LHO ist mit der BPU zum Projektantrag einzureichen.

Im Vorverfahren (Projektskizze) ist eine **Wirtschaftlichkeitsbetrachtung** mit Bewertung alternativer Lösungsmöglichkeiten vorzunehmen.

Bei der Erstellung der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sind folgende Hinweise zu berücksichtigen:

1. Die Raum- und Flächensituation ist für die geplante Nutzung ausreichend;
2. Darstellung relevanter Lösungsmöglichkeiten und deren Nutzen und Kosten einschl. der Folgekosten (auch tabellarische Darstellung ist möglich);
3. Bewertung der Alternativen bzw. der relevanten Lösungsmöglichkeiten zur Erreichung der Ziele (rechtlich, organisatorisch, personell, finanziell);
4. Kostenvergleich zwischen Erhalt des vorhandenen Gebäudes bzw. Abriss und Neubau bei Nichtdenkmälern;
5. Vergleich mit Richtwerten darstellen (z. B. Kostenvergleich pro m² Gehweg, Fahrbahn, Grünfläche, Nutzfläche bei Gebäuden, Kostenberechnung von Referenzprojekten) Überschreitungen sind zu begründen.

Ohne die Vorlage von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bzw. einem plausiblen Nachweis der Wirtschaftlichkeit von Projekten können diese nicht in die Förderung aufgenommen werden.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Belege

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Jede Ausgabe bzw. Zahlung, die geltend gemacht werden soll, muss mit einem Beleg nachweisbar sein. Diese Belege bestehen bei Barzahlung aus der quittierten Rechnung bzw. dem Kassenbon, ansonsten aus der Rechnung und dem Zahlungsbeleg (Kontoauszug).

Ein Beleg muss grundsätzlich folgende Angaben beinhalten (bei einigen Supermärkten wird nur auf Aufforderung ein Bon mit MwSt. erstellt.):

- Name und Anschrift des Lieferanten (wo wurde das gekauft)
- Ausstellungsdatum der Rechnung (wann wurde es gekauft)
- Umfang und Bezeichnung der Ware oder Dienstleistung (was wurde gekauft)
- Aufschlüsselung des Nettoentgelts nach Steuersätzen (auf manche Waren werden 19% Mehrwertsteuer erhoben, auf andere 7%)
- Umsatzsteuersatz bzw. Hinweis auf Steuerfreiheit
- Betrag der Umsatzsteuer
Bei Belegen unter 150 € reicht die Formulierung „Dieser Betrag enthält x% MwSt“

Belege ab 150 € (inkl. MwSt.) müssen zudem beinhalten:

- Name und Anschrift des Leistungsempfängers (wer hat das gekauft)
ACHTUNG: Das muss immer die Person sein, die die Vereinbarung unterschrieben hat bzw. die Einrichtung, die diese Person vertritt!
- Steuernummer oder Umsatzsteuer-ID-Nummer des Lieferanten
- Fortlaufende Rechnungsnummer
- Zeitpunkt der Lieferung oder Leistung, wenn nicht mit Rechnungsdatum identisch

Bei Barzahlungen bestätigt der Lieferant auf der Rechnung, den Rechnungsbetrag erhalten zu haben (quittierte Rechnung).

Die getätigten Ausgaben sind in der Förderdatenbank EurekaPlus 2.0 fortlaufend anhand der Einzelbelege zu erfassen.

siehe auch Skonto, Rabatt

Sammelbelege

Mehrere Einzelbelege können nachträglich nicht zu einem Sammelbeleg (z.B. „Ausstattung“) zusammengefasst werden, da dann die oben genannten Angaben nicht mehr nachvollziehbar sind. Es ist aber möglich, z.B. vorab mehrere Bestellungen zusammenzufassen und so Rabatte in Anspruch zu nehmen.

Beispiel: Für fünf Projekte werden auf eine Rechnung Ausstattungsgegenstände gekauft, die auf die fünf Projekte aufgeteilt werden. Der eine Rechnungsbetrag wird nach einem nachvollziehbaren Umlageschlüssel auf die Projekte aufgeteilt, was auf einem Beiblatt gesondert dargestellt wird. Dieses Beiblatt ist bei jedem Projekt zusammen mit dem Originalrechnungs-/zahlungsbeleg und einer Kopie davon für Prüzzwecke aufzubewahren. Gegebenenfalls kann auch auf den Originalbeleg verwiesen werden, sofern er bereits bei einem anderen, bei dem Programmdienstleister geprüften Projekt vorgelegt wurde. Gleichzeitig wird der umgelegte Betrag als Beleg in der Förderdatenbank EurekaPlus 2.0 eingegeben.

Eigenbelege / Geldwerte Leistungen

Gemäß Ziffer 5.4 der VV SozStadt 2014 sind nur tatsächlich getätigte Ausgaben innerhalb des Förderzeitraums förderfähig. D.h. es muss eine Zahlung des Fördernehmers an einen Dritten erfolgt sein.

Zusätzlich können Eigenbelege, die sich auf Sachleistungen oder Gemeinkosten beziehen, unter folgenden Bedingungen als förderfähig anerkannt werden:

- bei Sachleistungen (Bereitstellung von Immobilien, Material oder Arbeitsleistungen), sofern sie Marktwerte für vergleichbare Leistungen nicht übersteigen, deren Erwerb nicht bereits durch Fördermittel erfolgt ist und deren Erbringung nachgewiesen ist (z.B. über Stundenzettel bei Arbeitsleistungen);
- bei Gemeinkosten, wenn sie auf tatsächlichen Kosten beruhen und eine plausible Zuordnung zum Förderprojekt möglich ist.

Die Ausgaben für Pauschalen (Aufwandsentschädigung im Aktionsfonds, Projektsteuerungskosten-Pauschale und Betriebskosten-Pauschale im Projektfonds) werden auf Basis eines Eigenbeleges des Fördernehmers anerkannt.

Eigenbelege müssen mindestens folgende Angaben enthalten:

- Name und Anschrift des Zahlungsempfängers
- Grund für die Erstellung des Eigenbelegs
- Berechnung des konkreten Betrages anhand der Höhe der nachgewiesenen Ausgaben sowie ein nachvollziehbarer Verteilungsschlüssel (z.B. bei der Betriebskosten-Pauschale anhand der angemieteten Fläche)
- Betrag
- Eigenhändige Unterschrift und Datum der Belegerstellung

Liegen die genannten Nachweise nicht vor, sind solche Aufwendungen nicht förderfähig, sie können dann nur als Eigenleistung anerkannt werden.

Siehe auch **Projektsteuerungskosten-Pauschale im Projektfonds**

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Betriebskosten-Pauschale im Projektfonds

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Über die Pauschale werden die gemäß der Betriebskostenverordnung anfallenden Betriebskosten abgerechnet. Hierzu zählen Ausgaben für Grundsteuer, Be- und Entwässerung, Aufzug, Straßenreinigung, Müllbeseitigung, Hauswart, Gebäudereinigung, Schneebeseitigung, Gartenpflege, Beleuchtung, Schornsteinreinigung, Sach- und Haftpflichtversicherung, Gemeinschafts-Antennenanlage, Heizung und Warmwasser.

Für die Pauschale wird ein Ausgangswert in Höhe von 3,34 € je qm und Monat angesetzt. Dieser gilt für das Jahr 2014. Er erhöht sich je Kalenderjahr um 1,5% gegenüber dem Vorjahr.

Jahr	Ausgangswert je qm und Monat
2014	3,34 €
2015	3,39 €
2016	3,44 €

2017	3,49 €
2018	3,54 €
2019	3,59 €
2020	3,64 €
2021	3,69 €
2022	3,74 €

Die Ausgaben werden auf Basis eines Eigenbeleges des Fördernehmers gemäß der Anforderung unter Nr. 5.4.2 der VV SozStadt 2014 anerkannt. Der Nachweis erfolgt über den Mietvertrag oder eine vergleichbare rechtliche Grundlage, in der die Größe des angemieteten Objektes (qm) festgehalten ist und aus dem hervorgeht, dass die Mietnebenkosten vom Fördernehmer zu tragen sind.

Erfolgt die Nutzung des Mietobjektes nur anteilig (räumlich oder zeitlich) für das bewilligte Projekt, so erfolgt auch die Berechnung der Mietnebenkosten nur bezogen auf den Anteil, der auf das Projekt entfällt.

Bei Nichtumlage einzelner Betriebskostenarten auf den Fördernehmer erfolgt eine anteilige Kürzung der Betriebskosten-Pauschale ([siehe Tabelle Betriebskostenarten mit Mittelwert](#)).

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Bewilligungszeitraum

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Bewilligungszeitraum, siehe **Förderzeitraum, Zahlungsvorgänge**

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Bewirtung

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Bewirtungskosten sind bei sozio-integrativen Projekten in der Regel nicht förderfähig. Die Förderfähigkeit kann jedoch geprüft werden, wenn Ausgaben für die Bewirtung bei der Durchführung eines Projektes oder einer Veranstaltung anfallen, die für die Umsetzung des Projektes erforderlich sind (z.B. zur Förderung der Mitwirkungsbereitschaft von Ehrenamtlichen oder wegen außergewöhnlicher Anstrengungen).

Die Kosten müssen im Projektantrag in einer gesonderten Position (unter den Sachausgaben) angegeben werden. Hier ist vom Fördernehmer auch zu begründen, warum die Bewirtung erforderlich ist und warum die Kosten nicht von den Teilnehmern selbst aufgebracht werden können oder sollen. Die Einschätzung, ob die angesetzten Bewirtungskosten angemessen sind, erfolgt insbesondere anhand folgender Kriterien:

- Zielsetzung des Projektes
- Zielgruppe
- Dauer der Veranstaltung

Bei Baumaßnahmen können Bewirtungskosten im Rahmen des Wettbewerbsverfahrens oder bei Baufeiern (Grundsteinlegung, Richtfest, Einweihung o.ä.) anerkannt werden, sofern die Ausgaben in den Kostengruppen 725 (Wettbewerbe) und 779 (Allgemeine Baunebenkosten) veranschlagt wurden. Die Angemessenheit der Höhe bemisst sich bei Baufeiern nach

den Regelungen in der ABau (Allgemeine Anweisung für die Vorbereitung und Durchführung von Bauaufgaben Berlins) (vgl. Anlage IV 9).

Es werden grundsätzlich nur für das Projekt notwendige Lebensmittel gefördert. Alkohol ist nicht förderfähig.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Datenverarbeitung/ -erhebung

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Personenbezogene, antragsgebundene Daten sind durch die Förderstelle zu erheben. Diese übermittelt die für die Programmdurchführung erforderlichen Daten an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt.

Die Datenverarbeitung erfolgt unter den Voraussetzungen gem. § 10 Abs. 1 i.V.m. § 6 Abs. 1 und des § 6a Abs. 1 und 2 und der §§ 9, 11, 12, 13, 14 des Berliner Datenschutzgesetz (BlnDSG).

Der Fördernehmer muss der Erhebung, Verarbeitung und Übermittlung dieser Daten mit der Antragstellung zustimmen. Wird die Zustimmung verweigert, werden keine Fördermittel bewilligt.

Die Bewilligung einer Zuwendung an eine juristische Person setzt weiterhin eine Einwilligung des Fördernehmers über die Veröffentlichung der Daten in der zentralen Zuwendungsdatenbank gemäß Nr. 1.5.1 und 1.5.2 der Ausführungsvorschrift zu § 44 Landeshaushaltsordnung voraus.

Wenn Projekte durch Mittel des Landes Berlin gefördert wurden, kann der Rechnungshof von Berlin projektbezogene Daten im Rahmen der Rechnungsprüfung verarbeiten. Der Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit von Berlin kann im Rahmen seiner Kontrollbefugnis (§ 28 BlnDSG) projektbezogene Daten verarbeiten.

Für Zwecke der Statistik sowie allgemeiner Erfolgsberichte (nicht zur Erfolgskontrolle einzelner Projekte) werden die antragsbezogenen Daten nur in anonymisierter Form verwendet.

Weitere Informationen siehe **Transparenzdatenbank**

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

De-minimis-Beihilfe

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Mit Beihilfe bzw. Subvention wird die staatliche Förderung von Unternehmen, also von auf Gewinnerzielung ausgerichteten Organisationen, bezeichnet. Durch die Unterstützung (z.B. durch Geld, geldwerte Leistungen oder Erlass von Zahlungen) erhalten diese wirtschaftliche Vorteile, die zur Wettbewerbsverzerrung führen können. Daher sind Beihilfen von der EU-Kommission vorab zu genehmigen. Im Rahmen des ZIS-Programms können nur sogenannte De-minimis-Beihilfen gewährt werden (vgl. VV ZIS II EFRE 2014, Ziffer 5.5). Das Wort „De-minimis“ bedeutet hier, dass diese Förderung so gering ist, dass sie den Wettbewerb inner-

halb des gemeinsamen EU-Marktes nicht spürbar beeinflusst. Eine De-minimis-Beihilfe ist auf Grund ihres Volumens nicht genehmigungspflichtig, kann jedoch von der EU-Kommission kontrolliert werden.

Entsprechend der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 vom 18. Dezember 2013, darf ein Unternehmen in einem Zeitraum von drei Jahren pro Mitgliedstaat maximal den auf 200.000 € festgesetzten De-minimis-Höchstbetrag an Beihilfe erhalten. Werden Unternehmen gefördert, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 vom 25. April 2012, gelten die speziellen De-minimis-Vorschriften der Verordnung. In diesem Fall darf ein Unternehmen in einem Zeitraum von drei Jahren maximal 500.000 € an Beihilfe erhalten.

(Hinweis: Die De-minimis-Verordnung Nr. 1407/2013 trat zum 1.1.2014 in Kraft und ersetzt die De-minimis-Verordnung Nr. 1998/2006 - im Folgenden: De-minimis-Verordnung a.F. Nach der Übergangsregelung in der neuen De-minimis-Verordnung waren die Förderprogramme, die beihilferechtlich die De-minimis-Verordnung a.F. zugrunde legen, spätestens zum 1.07.2014 an die neue De-minimis-Verordnung anzupassen. Einzelne Beihilfen wurden auf Basis der De-minimis-Verordnung a.F. bis zum 30.06.2014 als rechtmäßig angesehen. Nach Ablauf der Anpassungsfrist sind De-minimis-Beihilfen auf Grundlage der De-minimis-Verordnung a.F. nun rechtswidrig.)

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Drittmittel

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Zu Drittmitteln gehören Mittel, die neben der Sozialen Stadt-Förderung und den Eigenmitteln von anderen Stellen (Institutionen) und / oder aus anderen Programmen für die Durchführung des Projektes zur Verfügung gestellt werden. Auch Bankdarlehen fallen unter die Drittmittel.

Bescheide zu Drittmitteln sind bei Antragstellung mit dem Antrag einzureichen.

Dies ist erforderlich, um zum einen prüfen zu können, dass die Gesamtfinanzierung des Projektes in der Zusammenschau von Fördermitteln, Eigen- und Drittmitteln gesichert ist und zum anderen, um eine Doppelförderung auszuschließen.

Drittmittel, siehe auch **Eigenanteil: Eigenmittel und Eigenleistungen**

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Eigenanteil: Eigenmittel und Eigenleistungen

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Ziffer 5.3 der VV SozStadt 2014 gibt vor, dass sich die Fördernehmer mit einem Eigenanteil von mindestens 10% an dem Gesamtprojekt beteiligen sollen. Dabei wird bewusst auf die Gesamtkosten des Projektes und nicht nur auf die förderfähigen Kosten abgestellt. Dieser Eigenanteil kann in Form von Eigenmitteln (z.B. Geldmitteln) oder Eigenleistungen (z.B. eh-

renamtlicher Tätigkeit, Planungsleistungen des Trägers, überlassene Räume, geliehenes Material etc.) erbracht werden.

Während der Einsatz von Eigenmitteln immer auch Zahlungsströme nach sich zieht, die nachgewiesen werden müssen, erfolgen bei den Eigenleistungen keine unmittelbaren Zahlungen. Die Eigenleistungen sollen in der Projektskizze Projektfonds beschrieben und – falls möglich – quantifiziert dargestellt werden. Eine Ausnahme ist, wenn die in der Projektsteuerungspauschale erfassten Ausgaben als Eigenleistung erbracht werden sollen. Diese Eigenleistungen sind bei den Eigenmitteln anzugeben und per Eigenbeleg nachzuweisen.

Siehe auch Stichwort **Eigenbelege** / Geldwerte Leistungen

Sollten sich die kalkulierten Eigenmittel verringern oder erhöhen, so ist dies unbedingt der Förderstelle und dem PDL mitzuteilen. Da es sich bei den meisten Zuwendungen um eine Fehlbedarfsfinanzierung handelt, bedeutet eine Erhöhung der Eigenmittel bei gleichbleibenden Gesamtkosten eine Reduzierung der Fördermittel ZIS. Sollten weniger Eigenmittel eingebracht worden sein als geplant, so ist dies kurz zu begründen. In den meisten Fällen verringern sich hier auch die Gesamtkosten des Projektes, da eine Aufstockung der bewilligten Summe nur in den seltensten Fällen möglich sein wird.

Eine Reduzierung der Gesamtkosten führt immer zu einer Reduzierung der Fördermittel ZIS, da die Eigenmittel vorrangig einzubringen sind und nur der Fehlbedarf aus ZIS ausgeglichen wird.

Siehe auch **Drittmittel**

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Eigenleistungen Bezirke

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Wenn die Bezirke z.B. Planungsleistungen selber erbringen, handelt es sich um Eigenleistungen, da keine tatsächlichen Zahlungen erfolgen.

Die Leistungen sollen – soweit möglich – im entsprechenden Textfeld im Projektantrag quantifiziert werden.

Aufträge an Dritte können als **Eigenmittel** eingebracht werden.

Siehe auch Eigenanteil: **Eigenmittel und Eigenleistungen**

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Einnahmen

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Bereits im Zuge der Antragstellung sollte sorgfältig geprüft werden, ob durch das Projekt Einnahmen, z.B. Teilnahmegebühren, Mieteinnahmen, Zinseinnahmen auf das Projektkonto o. ä. entstehen. Die Einnahmen werden mit den anfallenden Ausgaben verrechnet (vgl. Nr. 1.2 Allgemeine Nebenbestimmungen (ANBest-P) zu § 44 Landeshaushaltsordnung). Sie sind – sofern bekannt - bereits im Projektantrag und später auch in den Zahlungsabrufen und Zwischen-/Zahlungsnachweisen sowie im Verwendungsnachweis anzugeben.

Wenn erst während des Projektverlaufs unerwartete oder unerwartet hohe Einnahmen entstehen, ist dies gemäß Nr. 5 ANBest-P unverzüglich der Förderstelle mitzuteilen.

Ggf. ermäßigt sich dadurch gemäß Nr. 2 ANBest-P die Zuwendung.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Entwicklungspflege

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Hinsichtlich der Förderfähigkeit gilt weiterhin das Schreiben SenStadt IV vom 17.06.2005, wonach Kosten für die Entwicklungspflege nicht förderfähig sind. In dem Schreiben wird festgelegt, dass die Baumaßnahme mit dem Abschluss der Fertigstellungspflege, die je nach Sachverhalt einen Umfang von 6 bis 18 Monaten haben kann, endet. Weitere Voraussetzungen für die Fertigstellungspflege sind, dass die Baumaßnahme innerhalb des EU-Förderzeitraums 2014-2020 abgeschlossen wird und die Mittel tatsächlich ausgezahlt wurden. Die Zahlung auf ein bezirkliches Verwahrkonto ist nicht ausreichend.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Erfolgskontrolle

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Bei allen Zuwendungen ist gemäß Nr. 11a Ausführungsvorschrift zu § 44 Landeshaushaltsordnung eine Erfolgskontrolle durchzuführen, ob das mit ihr beabsichtigte Ziel voraussichtlich erreicht wird bzw. erreicht worden ist. Sie kann sowohl projektbegleitend als auch mit der Durchführung der Nachweisprüfung verbunden werden. Hierfür dienen zum einen die regelmäßig zu erstellenden Sachberichte und zum anderen Vor-Ort-Besuche, Teilnahmen an Veranstaltungen o.ä. Den Förderstellen, Prüfbehörden und ihren Beauftragten sind hierfür jederzeit die erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen bzw. Termine vor Ort zu ermöglichen.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Fahrtkosten / Reisekosten

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Für die Zulässigkeit, Höhe und den Nachweis von Fahrtkosten gelten die Bestimmungen des [Bundesreisekostengesetzes](#) vom 26.05.2005, mit Änderung von § 6 Abs. 1 Satz 2 BRKG zum 1. Januar 2014 und der Ersten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundesreisekostengesetz (BRKGVwV) vom 12. November 2013 mit insbesondere folgenden Maßgaben:

- Kostenbelege, wie Fahrkarten bzw. BVG-Tickets, sind stets vorzulegen.
- Bei Bahnfahrkarten erfolgt eine Erstattung der Kosten in der 2. Klasse.
- Eine Beteiligung an den Kosten eines privat beschafften Zeitfahrausweises, der für dienstliche Zwecke mitbenutzt wird, ist nicht förderfähig.

Generell ist darauf zu achten, dass bei Dienstfahrten mit dem Pkw ein entsprechendes Fahrtenbuch (Aufstellung der erfolgten Dienstfahrten) geführt wird, welches den Beginn und Ende der Dienstfahrt (Angabe der Zeit und des Ortes), die gefahrenen Kilometer und die somit entstandenen Fahrtkosten ausweist.

Tankbelege sind nur förderfähig, wenn eine Berechnung analog zum Bundesreisekostengesetz (gefahrte Kilometer mal Euro pro Kilometer) die Sparsamkeit aufzeigt.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Finanzplan, Änderungen

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Finanzplan, Änderungen siehe **Antrag, Erfordernis für Änderungsanträge**

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Förderzeitraum, Zahlungsvorgänge

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Der Förderzeitraum (Bewilligungszeitraum) ist die zeitliche Begrenzung für Ausgaben, die im Rahmen der Zuwendung anerkannt werden.

Eine Zahlung des Fördernehmers an Dritte ist nach Ablauf des Zeitraums nur noch möglich, sofern die Rechnungslegung im Förderzeitraum erfolgt ist.

In Fällen, wo absehbar ist, dass die **Leistung** oder die Stellung der Rechnung erst nach dem Förderzeitraum möglich ist, ist vom Fördernehmer eine Verlängerung des Zeitraumes bei der zuständigen Förderstelle zu beantragen. Bei Zustimmung muss der Programmdienstleister informiert werden. (Bitte lesen Sie dazu das Stichwort „**Antrag, Erfordernis für Änderungsanträge**“).

Beispiel: Mittel eines Projektes, dessen Förderzeitraum zum 31.12.2010 endet, die zwar im Dezember 2010 noch von der Förderstelle ausgezahlt werden, vom Fördernehmer aber erst für im Februar 2011 erbrachte Leistungen eingesetzt werden, sind nur förderfähig, wenn die Förderstelle eine Verlängerung des Förderzeitraums bis Ende Februar genehmigt hat.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Fristen für die Fördernehmer

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Verwendungsnachweis: Spätestens drei Monate nach Abschluss des Projektes
(Bitte lesen Sie dazu das Stichwort
„**Verwendungsnachweis**“)

Zwischennachweis: Bis zum 31.03. des Folgejahres

Letzter Zahlungsabruf der Jahresrate: Bis zum 30.11. des jeweiligen Jahres (Posteingang des unterzeichneten Originals bei der Förderstelle)

Verausgabung der abgerufenen Fördermittel: Innerhalb von 4 Monaten bei Jahresraten bis zu 10.000 € bzw. innerhalb von 3 Monaten bei Jahresraten über 10.000 € und bis zu 20.000 €; ansonsten innerhalb von 2 Monaten

Aufbewahrung der Originalbelege: Mind. 5 Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises, sofern im Bescheid nichts anderes festgelegt ist

Rückzahlung überzahlter Beträge: Mitteilung an die Förderstelle und Rückzahlung auf das im Bescheid angegebene Konto innerhalb einer Woche

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Führungszeugnis, Erweitertes

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Bei Projekten der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit ist in den Zuwendungsbescheiden bzw. (beim Aktionsfonds) in den Vereinbarungen mit den Letztempfängern folgende Bedingung enthalten:

„Erfordernis der Vorlage eines Führungszeugnisses:

Die Persönliche Eignung für die Kinder-, Jugend- und Familienarbeit ist gem. § 72a Sozialgesetzbuch (SGB) VIII durch die Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses gem. § 30a Bundeszentralregistergesetz (BZRG) nachzuweisen bzw. schriftlich zu erklären.“

Dies bedeutet Folgendes:

Ein erweitertes Führungszeugnis ist dann notwendig, wenn der Fördernehmer (d.h. entweder die Mitarbeiter eines Trägers oder auch Einzelpersonen) im Rahmen des beantragten Projekts mit Kindern und Jugendlichen regelmäßig in Kontakt kommt und dabei auch selbstständig, außerhalb einer ständigen Anleitung und Aufsicht mit Kindern arbeiten wird (z.B. im Rahmen von Hausaufgabenhilfe).

Ob ein erweitertes Führungszeugnis notwendig ist, wird dem Fördernehmer bereits bei Ausschreibung des Projektes bekannt gegeben. Die Förderstelle (bzw. beim Aktionsfonds das QM-Team) entscheidet, ob aufgrund des Projektinhalts ein erweitertes Führungszeugnis notwendig wird (d.h. ob es sich überhaupt um ein Projekt im Rahmen der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit handelt und das Erfordernis eines erweiterten Führungszeugnisses im Interesse des Kindeswohls verhältnismäßig und geboten ist – dies ließe sich z.B. bei einem Laternenlauf mit vielen Eltern verneinen).

Bei der Projektantragstellung ist eine Erklärung zum Kinder- und Jugendschutz abzugeben. Aus der Erklärung geht hervor, dass dem Antragsteller ein erweitertes Führungszeugnis aller künftig am Projekt beteiligten Personen vorliegt, das keine positiven Eintragungen gemäß der in § 32 Abs. 5 BZRG genannten Delikte enthält.

Die Regelung gilt sowohl für Personen, die von Beginn an im Projekt tätig sind, als auch für Personen, die erst im Laufe des Projektes dazukommen. Da Minderjährige nicht selbständig

tätig werden können, ist es ausreichend, wenn die volljährige und für das Projekt verantwortliche Aufsichtsperson ein erweitertes Führungszeugnis vorgelegt hat.

Ein erweitertes Führungszeugnis muss aktuell sein (d.h. bei Neubeschäftigung eines Mitarbeiters nicht älter als drei Monate - eine entsprechende Formulierung steht dazu auch bereits in der entsprechenden Erklärung zum Projektantrag). Während der Dauer eines laufenden Projekts ist kein neues erweitertes Führungszeugnis vorzulegen, soweit nicht aus aktuellem Anlass in einem Einzelfall eine frühzeitigere Vorlage notwendig erscheint (Hinweis: Gemäß einer Vereinbarung von Senatsverwaltung Bildung Jugend und Sport (SenBJS) aus dem Jahre 2007, ist die Vorlage eines aktuellen Führungszeugnisses grundsätzlich spätestens alle fünf Jahre zu wiederholen).

Eine Projektbewilligung erfolgt nur, wenn diese Erklärung des Fördernehmers vorliegt. Kann nicht rechtzeitig ein erweitertes Führungszeugnis ausgestellt werden, so hat der Fördernehmer eine Erklärung abzugeben, die besagt, dass ein erweitertes Führungszeugnis bereits beantragt wurde und er davon ausgeht, dass in diesem erweiterten Führungszeugnis keine positiven Eintragungen gemäß der in § 32 Abs. 5 BZRG genannten Delikte enthalten sind und er damit einverstanden ist, dass der Zuwendungsbescheid nur vorbehaltlich der Vorlage des erweiterten und inhaltlich unbedenklichen Führungszeugnisses erfolgen kann.

Da Aktionsfonds-Projekte durch die QM-Teams betreut und geprüft werden, ist in diesen Fällen bei Antragstellung die Erklärung dem Team vorzulegen. Im Falle des Projektfonds ist die Erklärung in der Förderdatenbank EurekaPlus 2.0 einzugeben.

Die Ausgaben für die Ausstellung eines erweiterten Führungszeugnisses sind förderfähig. Für den Nachweis der Ausgaben genügt die Vorlage des Zahlungsnachweises. Für ehrenamtlich Tätige wird das Führungszeugnis kostenlos ausgestellt, sofern der Fördernehmer bescheinigt, dass ein Führungszeugnis für die Ausübung der Tätigkeit erforderlich ist.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Gebrauchtes Material

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Statt neue Materialien zu kaufen, ist es auch möglich, gebrauchtes Material zu erwerben, sofern dies wirtschaftlicher ist. Hierbei sind allerdings die beiden folgende Punkte zwingend zu beachten:

- Der Verkäufer des Materials muss schriftlich bestätigen, dass das Material nicht mit Fördermitteln des Landes, des Bundes oder der Europäischen Union gekauft wurde.
- Es ist über einen Preisvergleich sicherzustellen, dass der Kauf des Gebrauchtmaterials günstiger ist als der Kauf eines neuen Produktes, auch im Hinblick auf Garantieleistungen.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Gemeinkosten

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Gemeinkosten sind Kosten des Fördernehmers, die nicht allein für das geförderte Projekt anfallen, aber anteilig auf dieses Projekt angerechnet werden sollen (Umlagen).

Sie sind nur insoweit förderfähig, als sie

- a) nicht bereits im Rahmen der Projektsteuerungspauschale abgegolten werden,
- b) auf tatsächlich getätigten Ausgaben beruhen und
- c) dem geförderten Projekt nach einer ordnungsgemäß begründeten angemessenen Methode zugeordnet werden können.

Folgende Kostenarten dürfen nicht in die Ermittlung der Gemeinkosten einbezogen werden:

- sämtliche kalkulatorischen Kosten,
- Rückstellungen,
- Vertriebskosten,
- Sollzinsen,
- Sozialaufwendungen, die nicht auf gesetzlichen oder tarifvertraglichen Grundlagen beruhen.

Sofern die Bewilligung zunächst auf Basis kalkulierter Durchschnittskosten oder prozentualer Anteile direkter Kosten (Gemeinkostensatz etc.) erfolgt, muss der Bescheid die Auflage enthalten, dass diese Kostenansätze nur maximal bis zur Höhe der nachweislich vom Fördernehmer tatsächlich getätigten Ausgaben förderfähig sind.

Die Ausgaben sind spätestens im Rahmen des Verwendungsnachweises vom Fördernehmer anhand der Buchführungsunterlagen als tatsächlich angefallene Ausgaben nachzuweisen. Anderenfalls wird die Bewilligung um die nicht nachgewiesenen Kosten gekürzt.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Gut- und Warenscheine

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Waren- und Geschenkgutscheine sind nicht förderfähig.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Honorar

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Das Honorar ist die Vergütung angefallener freiberuflicher Leistungen (z.B. Künstler). Generell ist der Abschluss von Honorarverträgen bzw. -vereinbarungen notwendig, um vorab den Inhalt, Umfang und Vergütung der Leistung festzulegen.

Bei Beträgen unter 150 € kann auf den Abschluss eines Honorarvertrages verzichtet werden, wenn aus dem Rechnungsbeleg folgende Informationen hervorgehen:

- die beschäftigte Person (Angabe des Namen und der Adresse),
- Inhalt und Umfang der Leistung sowie
- Höhe der Vergütung (Angabe der Stunden x Stundensatz).

Sollte in der Honorarrechnung nicht explizit ein tagegenauer Stundennachweis aufgeführt worden sein, so ist dieser zusätzlich einzureichen. Alle Stundennachweise sind vom Auftragnehmer und von der Projektleitung zu unterzeichnen.

Im Rahmen des Aktionsfonds sind Honorare nicht förderfähig.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Für den Verwendungsnachweis ist – ergänzend zu den Belegen – ein Vermerk des Fördernehmers zu

Indikatoren

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Für jedes Projekt ist mindestens ein Indikator anzugeben, sofern zutreffend können dies auch mehrere sein.

Hinsichtlich weiterer Erklärungen wird auf die „Arbeitshilfe zur Angabe der Indikatoren“ (Veröffentlichung folgt in Kürze) verwiesen.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Inventarisierung

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Gemäß Ziffer 4.2 der Allgemeinen Nebenbestimmungen (AnBest-P) zu § 44 Landeshaushaltsordnung hat der Fördernehmer angeschaffte oder hergestellte Gegenstände, die der Erfüllung deswendungszweckes dienen, zu inventarisieren. Abweichend von der in der AnBest-P geregelten Wertgrenze wurde für Gegenstände im Rahmen einer Förderung aus den ZIS II-Programmen (Soziale Stadt, Stadtumbau, Bildung und Integration im Quartier) die Inventarisierung ab einem Anschaffungswert- bzw. Herstellungswert von mehr als 150 Euro festgelegt. Die Wertgrenze entspricht der steuerlichen Abschreibungsgrenze für Wirtschaftsgüter und bemisst sich nach dem Nettowert, d.h. die Umsatzsteuer ist nicht zu berücksichtigen.

(siehe auch **Zweckbindungsfrist**)

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Kooperationsprojekte

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Ist vorgesehen, dass Projekte von mehreren Institutionen gemeinsam durchgeführt werden sollen, erfolgt die Zuwendung als Gesamtvorhaben an einen der beteiligten Partner, so sind die für die übrigen Partner bestimmten Mittel im Zuwendungsbescheid als „Zuwendungen zur Weitergabe an Dritte“ zu deklarieren. In diesem Fall gelten auch die vom Erstempfänger an die Partner weitergegebenen Mittel als Zuwendungen und nicht als Leistungsentgelte und werden entsprechend auch steuerrechtlich behandelt. Für die Letztempfänger gelten hinsichtlich der Verausgabung und des Nachweises der Mittel dieselben Bestimmungen wie für den Erstempfänger. Es ist jedoch nicht zulässig, solche Kooperationsverträge zu schließen, um die für Leistungsverträge geltenden Vergabevorschriften zu umgehen.

Nähere Regelungen sind der Ziffer 12 der Ausführungsvorschrift zu § 44 Landeshaushaltsordnung zu entnehmen:

12 Weitergabe von Zuwendungen durch den Zuwendungsempfänger

12.1 Die Bewilligungsbehörde kann im Zuwendungsbescheid vorsehen, dass der Zuwendungsempfänger als Erstempfänger die Zuwendung ganz oder teilweise weiterleiten kann. Durch die zweckbestimmte Weitergabe erfüllt der Erstempfänger den Zuwendungszweck.

12.2 Die Mittel können vom Erstempfänger in öffentlich-rechtlicher oder in privatrechtlicher Form weitergegeben werden. Die Weitergabe in öffentlich-rechtlicher Form durch juristische Personen des privaten Rechts setzt eine Beleihung voraus.

12.3 Der Erstempfänger darf die Mittel nur zur Projektförderung weitergeben.

12.4 Bei der Bewilligung von Mitteln zur Weitergabe in öffentlich-rechtlicher Form durch den Erstempfänger sind für die Weitergabe - ggf. durch Bezugnahme auf bestehende Förderrichtlinien - insbesondere zu regeln

12.4.1 die Anwendung der einschlägigen Vorschriften des öffentlichen Rechts, soweit sich aus dem folgenden nichts Abweichendes ergibt,

12.4.2 die Weitergabe in Form eines Zuwendungsbescheids,

12.4.3 der Zuwendungszweck und die Maßnahmen, die im Einzelnen gefördert werden sollen, sowie die Dauer der Zweckbindung von aus der Zuwendung beschafften Gegenständen,

12.4.4 der als Letztempfänger in Betracht kommende Personenkreis,

12.4.5 die Voraussetzungen, die beim Letztempfänger erfüllt sein müssen, um die Zuwendung an ihn weiterleiten zu können,

12.4.6 die Zuwendungsart, die Finanzierungsart, die Finanzierungsform, die in Betracht kommenden zuwendungsfähigen Ausgaben und der Bewilligungszeitraum,

12.4.7 ggf. Einzelheiten zur Antragstellung durch den Letztempfänger (z.B. Termine, fachliche Beteiligung anderer Stellen, Antragsunterlagen),

12.4.8 die bei der Weitergabe ergänzend zu den Allgemeinen Nebenbestimmungen vorzusehenden Nebenbestimmungen; in allen Fällen ist dem Erstempfänger aufzuerlegen, gegenüber dem Letztempfänger auch ein Prüfungsrecht für die Bewilligungsbehörde (einschließlich für einen von ihr Beauftragten) auszubedingen sowie der Bewilligungsbehörde auf Verlangen etwaige Erstattungsansprüche gegen den Letztempfänger abzutreten, auch wenn diese dem Grund oder der Höhe nach umstritten sind; auf das Prüfungsrecht des Rechnungshofs gem. § 91 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 ist hinzuweisen,

12.4.9 der Umfang der Anwendung von Vorschriften, die Ermessensentscheidungen vorsehen. Soweit die Vorschriften Ermessensentscheidungen vorsehen und eine Anwendung der Bestimmungen durch den Erstempfänger nicht ausgeschlossen wird, ist ihm vorzugeben, wie er zu verfahren hat.

12.5 Bei der Bewilligung von Mitteln zur Weitergabe in privatrechtlicher Form durch den Erstempfänger sind für die Weitergabe insbesondere zu regeln

12.5.1 die Weitergabe in Form eines privatrechtlichen Vertrags,

12.5.2 die Vorgaben entsprechend den Nrn. 12.4.3 bis 12.4.7,

12.5.3 der Rücktritt vom Vertrag aus wichtigem Grund mit dem Hinweis, dass ein wichtiger Grund für einen Rücktritt vom Vertrag insbesondere gegeben ist, wenn - die Voraussetzungen für den Vertragsabschluss nachträglich entfallen sind, - der Abschluss des Vertrages durch Angaben des Letztempfängers zustande gekommen ist, die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren, - der Letztempfänger bestimmten - im Zuwendungsbescheid im Einzelnen zu nennenden - Verpflichtungen nicht nachkommt.

12.6 Dem Erstempfänger ist aufzuerlegen, in dem privatrechtlichen Vertrag (Nr. 12.5.1) insbesondere zu regeln

12.6.1 die Art und Höhe der Zuwendung,

12.6.2 den Zuwendungszweck und die Dauer der Zweckbindung von aus der Zuwendung beschafften Gegenständen,

12.6.3 die Finanzierungsart und der Umfang der zuwendungsfähigen Ausgaben,

12.6.4 den Bewilligungszeitraum,

12.6.5 die Abwicklung der Maßnahme und die Prüfung der Verwendung der Zuwendung entsprechend den Nrn. 1 bis 7 ANBest-P. Die in Betracht kommenden Bestimmungen sind dem Inhalt nach unmittelbar in den Vertrag zu übernehmen; das entsprechend Nr. 7.1 ANBest-P für den Erstempfänger vorzusehende Prüfungsrecht ist auch für die Bewilligungsbehörde (einschließlich für einen von ihr Beauftragten) auszubedingen; auf das Prüfungsrecht des Rechnungshofs gem. § 91 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 ist hinzuweisen,

12.6.6 die Anerkennung der Gründe für einen Rücktritt vom Vertrag, die Rückzahlungsverpflichtungen und die sonstigen Rückzahlungsregelungen durch den Letztempfänger,

12.6.7 die Verzinsung von Rückzahlungsansprüchen.

12.7 Im Zuge der Weitergabe von Zuwendungen können zwischen dem Erstempfänger und dem Letztempfänger weitere Personen eingeschaltet werden.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Künstlersozialkasse

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Nachfolgend soll geklärt werden, wann eine Abgabepflicht an die Künstlersozialkasse gem. Künstlersozialkassenversicherungsgesetz (§§ 24 und 25 KSVG) besteht.

Mit der Künstlersozialversicherung sind seit 1983 die selbständigen **Künstler und Publizisten** in den Schutz der gesetzlichen Sozialversicherung einbezogen worden. D.h. sie ermöglicht freischaffenden Künstlern und Publizisten Zugang zur gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung. Aus Aufträgen (Leistungen) an Künstler kann sich die Pflicht zur Zahlung von Abgaben an die Künstlersozialkasse ergeben. Weitere Informationen unter www.kuenstlersozialkasse.de.

Keine Abgabepflicht besteht hingegen bei echten Zuschüssen (Zuwendungen). Daher ist zunächst zu klären, ob eine Zuwendung vorliegt.

Handelt es sich um eine Zuwendung, so ist die Zuwendung selbst, also die Zahlung der Förderstelle an den Fördernehmer, nicht abgabepflichtig.

Erteilt aber der Fördernehmer aus diesen Mitteln dann Aufträge an Künstler/innen, kann sich aus dieser Leistung wiederum eine Abgabepflicht für den Fördernehmer ergeben. Ebenso gilt: Wird durch die Förderstelle ein Auftrag an künstlerisch Tätige vergeben, so kann sich eine Abgabepflicht auch aus diesem Auftrag ergeben.

Im Künstlersozialkassenversicherungsgesetz (§ 24 KSVG) ist geregelt, in welchen Fällen bei Aufträgen an selbständige Künstler oder Publizisten von dem Auftraggeber Abgaben an die Künstlersozialkasse zu leisten sind. In § 25 KSVG ist geregelt, dass die Bemessungsgrundlage für die Höhe der Abgabe ausschließlich Entgelte für künstlerische oder publizistische Werke sind. D.h. zwischen dem Auftraggeber und dem nicht nur gelegentlich beauftragten selbständigen Künstler oder Publizisten müsste eine Leistungsaustauschbeziehung bestehen, für die der Auftraggeber ein Entgelt zu bezahlen hat. Falls das KSVG Anwendung findet, richtet sich die Melde- und Abgabepflicht nach §§ 25 ff. KSVG.

Falls eine Abgabepflicht besteht, sind die Ausgaben auch förderfähig. Sie sind dann entsprechend im Finanzplan darzustellen und im Zuge der Zahlungsabrufe bzw. Zwischen-/Zahlungsnachweise zu belegen. Dabei ist von Netto-Beträgen als Bemessungsgrundlage auszugehen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Leistungsgewährungsverordnung

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Fördernehmer, die mehr als 25.000 € Landesförderung erhalten, müssen sich mit der Antragstellung in einer gesonderten Erklärung zur Einhaltung der Leistungsgewährungsverordnung (LGV) verpflichten. Dazu müssen sie insbesondere angeben, wie viele Personen beschäftigt sind und welche Maßnahmen zur Frauenförderung eingeleitet, fortgesetzt oder durchgeführt werden bzw. wurden.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Logos

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Logos, siehe **Publizität**

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Maßnahmebeginn, vorzeitiger

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Mit einem Projekt darf erst begonnen werden, wenn die Bewilligung (Zuwendungsbescheid) vorliegt. Als Maßnahmebeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten (vgl. Nr. 1.4. Ausführungsvor-

schrift zu § 44 Landeshaushaltsordnung). Deshalb ist auf eine rechtzeitige Antragstellung zu achten (siehe **Antrag**, Bearbeitungszeit).

Die Förderstelle hat die Möglichkeit, einen sogenannten vorzeitigen Maßnahmebeginn ausnahmsweise zuzulassen, wenn der Fördernehmer dies beantragt und begründet. Dies bedeutet, dass das Projekt gefördert werden kann, obwohl es bereits vor Bewilligung begonnen hat. Der Fördernehmer muss in diesem Fall jedoch die anfallenden Kosten bis zu einer Bewilligung zunächst selbst übernehmen. Durch die Zulassung des vorzeitigen Maßnahmebeginns hat sich die Förderstelle nicht verpflichtet, das Projekt auch zu bewilligen. Insofern bleibt es weiterhin das Risiko des Fördernehmers, wenn er ein Projekt vor einer Bewilligung beginnt. Von einem vorzeitigen Maßnahmebeginn sollte daher nur in solchen Fällen Gebrauch gemacht werden, wo ein kurzfristiger Beginn des Projektes zwingend erforderlich ist.

Bei Projekten öffentlicher Stellen darf das Projekt mit Erteilung der Finanzierungszusage begonnen werden. Eines gesonderten Antrags auf vorzeitigen Maßnahmebeginn bedarf es in diesen Fällen nicht.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Mindestlohn

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Das Land Berlin gewährt Zuwendungen nach der Landeshaushaltsordnung nur, wenn sich die Fördernehmer verpflichten, ihren Beschäftigten mindestens den Mindestlohn gemäß § 9 Mindestlohngesetz für das Land Berlin (Landesmindestlohngesetz) zu zahlen. Der Mindestlohn beträgt 8,50 Euro (brutto) je Zeitstunde, solange der Senat keinen höheren Mindestlohn festlegt.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Mitteilungspflichten

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Wenn sich ein Projekt wesentlich verändert – sei es finanziell oder inhaltlich – hat der Fördernehmer gemäß Ziffer 5 der Allgemeinen Nebenbestimmungen (AnBest-P) zu §44 Landeshaushaltsordnung die Pflicht, die Förderstelle unverzüglich darüber zu informieren (siehe auch **Antrag, Erfordernis für Änderungsanträge**) Hierzu zählen insbesondere folgende Punkte:

- es ergeben sich Tatsachen, die zu einer Ermäßigung der Zuwendung führen (geringere Gesamtausgaben, höhere Deckungsmittel etc.),
- der Verwendungszweck oder andere wichtige Umstände ändern sich oder fallen weg
- es ist abzusehen, dass der Verwendungszweck (das Ziel des Projektes) nicht oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist,
- die ausgezahlten Beträge können nicht innerhalb der vorgegebenen Fristen verbraucht werden (siehe **Als baldige Verwendung**) ,
- zu inventarisierende Gegenstände (über 150 €) werden innerhalb der zeitlichen Bindung nicht mehr benötigt oder für einen anderen Verwendungszweck verwendet,
- es wird ein Insolvenzverfahren über Ihr Vermögen beantragt oder eröffnet.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Öffentlichkeitsarbeit

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

siehe **Publizität**

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Pauschalen

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

siehe **Projektsteuerungskosten-Pauschale im Projektfonds**

siehe **Betriebskosten-Pauschale im Projektfonds**

siehe **Aufwandsentschädigung im Aktionsfonds**

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Personalausgaben

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Unter diese Ausgabenkategorie fallen Kosten für die beim Fördernehmer abhängig Beschäftigten. Kosten für Honorarverträge fallen hingegen unter die Sachausgaben.

Siehe auch **Honorar**, Honorarsätze bei Zuwendungen

Beschäftigt ein Fördernehmer für die Durchführung seiner Projekte eigene Mitarbeiter, so dürfen diese nicht besser gestellt werden als Mitarbeiter des Landes Berlin (siehe hierzu Ziffer 1.3 [ANBest-P](#)). Die Vergütung richtet sich nach der Tätigkeit und nicht nach der Ausbildung der Mitarbeiter. Die Auswahl und die Einstufung der Mitarbeiter ist vom Fördernehmer schriftlich zu begründen.

Bei der Kalkulation von Personalkosten im Zuge der Projektantragstellung können Tätigkeiten auf der Grundlage der Berliner Durchschnittssätze für Angestellte maximal gemäß den u.g. Tabellenwerten honoriert werden. Die angegebenen Beträge sind Höchstbeträge (inklusive Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung) und beziehen sich auf eine Zeitstunde.

Bei der Abrechnung sind die entstandenen Kosten einzeln nachzuweisen. Dies geschieht bei Einsatz eigenen Personals durch Stundenzettel und Lohnjournale derjenigen Mitarbeiter, die diese Aufgaben durchgeführt haben.

Tätigkeiten erforderlich mit ...	Entgeltgruppe	Stundensatz
Hochschul- oder Fachhochschulausbildung	EG 13	38,26 €
	EG 12	36,76 €
	EG 11	34,31 €
	EG 10	31,79 €
	EG 9	29,01 €
Fachschulausbildung oder handwerklicher Qualifikation	EG 8	24,39 €
	EG 6	22,10 €

	EG 5	20,97 €
beruflicher Ausbildung	EG 3	18,76 €
	EG 2	16,97 €
Hilfstätigkeiten ohne spezielle Ausbildung		9,00 €

Quelle: [Senatsverwaltung für Finanzen](#)

Personalausgaben sind zuschussfähig, wenn folgende Nachweise vorliegen:

- a) Kopie des Arbeitsvertrags; sofern dies nicht dem Arbeitsvertrag zu entnehmen ist, ist ergänzend eine Abordnung zum Projekt mit Arbeitsbeschreibung vorzulegen;
- b) monatliche personengebundene Zahlungsnachweise für Löhne und Gehälter (Lohnjournal bzw. Gehaltsnachweis), auf denen der Mitarbeiter bestätigt hat, dass er das Gehalt erhalten hat; sofern nicht ohnehin dargestellt, sind auf dem Nachweis die Arbeitgeber-Sozialversicherungsanteile zu vermerken;
- c) Bestätigung des Fördernehmers, dass die Steuern und Sozialabgaben für die Beschäftigten abgeführt worden sind. Dies erfolgt automatisch mit jedem Mittelabruf;
- d) sofern die Tätigkeit im Projekt nur anteilig erfolgt: tagesgenaue Stundennachweise, die mit Datum und Unterschrift des Mitarbeiters und des Projektleiters versehen sind;
- e) Bestätigung der Sozialversicherung, dass der Fördernehmer keine Schulden hat;
- f) Bestätigung des Finanzamtes, dass der Fördernehmer keine Schulden hat.

Die Nachweise sind mit dem Verwendungsnachweis vorzulegen.

Die Abrechnung von anteiligen Personalkosten (Basis ist das monatliche Arbeitgeber-Brutto) erfolgt nach der zu leistenden wöchentlichen Arbeitszeit im Projekt zur regulären Arbeitszeit. Der monatliche Anteil der förderfähigen Personalkosten für das Projekt wird aufs Jahr hochgerechnet und entsprechend der gesamten Projektlaufzeit berechnet. Bei der Antragstellung in der Förderdatenbank EurekaPlus 2.0 gibt es dazu für Fördernehmer eine einfache Kalkulationshilfe.

Personalausgaben, Sonderzahlung

siehe **Sonderzahlung**

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Projektsteuerungskosten-Pauschale im Projektfonds

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Gemäß Ziffer 5.4.2.2 der VV SozStadt 2014 werden die nachfolgend aufgeführten indirekten Kosten mit der Projektsteuerungskosten-Pauschale abgegolten.

Unter die Projektsteuerung fallen Personalkosten (Arbeitgeber-Brutto) oder vergleichbare Honorarkosten für Tätigkeiten im Bereich Geschäftsführung und Buchhaltung. Bei Baumaßnahmen werden durch die Pauschale die Aufwendungen gemäß der Kostengruppe 710 (Bauherrenaufgaben) erfasst. Die Tätigkeiten umfassen im Einzelnen:

- Regelung projektbezogener Organisationsbelange (Auswahl Personal und Honorarkräfte, Haushalt)
- Regelungen zur Projektdurchführung (betriebsbedingte Erfordernisse, Planung)
- Aufsicht über die Projektdurchführung, Krisenmanagement
- Organisation und Bereitstellung der IT-Infrastruktur

- Terminüberwachung
- Prüfung der Einhaltung der Förderbedingungen
- Kostenkontrolle, Kostenänderungen (Umwidmung, Einsparungen)
- Mittelverwaltung (einschließlich Einrichtung und Führung von Maßnahmekonten)
- Einholung von Genehmigungen
- Vergabeverfahren (Ausschreibung, Auswahl, Vertragsabschluss)
- Überwachung der Vertragserfüllung (einschl. Abnahme, Mängelansprüche)
- Prüfung von Rechnungen (einschl. Rückforderungen, Mahnverfahren); Anordnung von Auszahlungen, Bankverkehr
- Rechnungswesen, Buchhaltung, Jahresabschluss
- Durchführung von Zahlungsabrufen bei der Förderstelle
- Dokumentation des Projektverlaufs
- Veranlassung und Abstimmung von Publicitätsmaßnahmen
- Berichterstattung, einschl. Verwendungsnachweis

Hinzu kommen folgende Sachkosten:

- Telefon und Internet, Porto, Website
- Kopierkosten
- Büro- und Verbrauchsmaterial
- Kontoführung.

Für die Projektsteuerungskosten-Pauschale erfolgt die Berechnung auf Basis der direkten Kosten eines Projekts. Zu den direkten Kosten zählen:

- Personalkosten (Arbeitgeber-Brutto) und Honorarkosten für die Projektdurchführung
- Miet- und Betriebskosten
- Projektbezogene Anschaffungen (VOL), einschl. Medien, IT, Baumaterial, Spielgeräte
- Reisekosten; Eintrittsgelder
- Durchführung von Veranstaltungen einschl. Anmietung von Ausstattung, Verpflegung und Genehmigungen
- Aufträge für Aktionen und Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit
- Baukosten (Kostengruppen 100 bis 600 nach DIN 276).

Als Pauschale für Projektsteuerungskosten werden 7 % der nachgewiesenen förderfähigen direkten Kosten des Projekts anerkannt.

Wenn die in der Projektsteuerungspauschale erfassten Ausgaben als Eigenleistung erbracht werden sollen, sind diese bei den Eigenmitteln anzugeben (siehe auch Stichwort **Eigenanteil: Eigenmittel und Eigenleistungen**).

Die Ausgaben werden auf Basis eines Eigenbelegs des Fördernehmers gemäß der Anforderung unter Ziffer 5.4.2 der VV SozStadt 2014 anteilig an den förderfähigen direkten Kosten anerkannt. Dabei obliegen den Fördernehmern folgende Nachweispflichten, die ihnen im Rahmen des Zuwendungsbescheides auferlegt werden:

- Angabe der mit der Projektsteuerung betrauten Personen; Änderungen sind anzuzeigen.
- Bei Projektsteuerung und Projektdurchführung in Personalunion sind Stundenzettel zu führen, dabei werden mindestens die in der Pauschale angesetzten Stunden für die Projektsteuerung abgezogen.
- Nachweis des spezifischen Stundensatzes der Personen auf Anforderung.

Siehe auch Stichwort **Eigenbelege** / Geldwerte Leistungen

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Publizität

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Auf die Fördermittelgeber (Bund, Land Berlin sowie ggf. weitere Fördermittelgeber) ist in Veröffentlichungen aller Art, im Internet, auf Schildern und mit dauerhaften Erinnerungstafeln in geeigneter Form und an deutlich sichtbarer Stelle hinzuweisen.

Für bauliche Maßnahmen ist durch den Fördernehmer ein Bauschild und nach Projekt-Fertigstellung eine Projektinfotafel (Erinnerungstafel) anzubringen. Diese sind im vorgegebenen Layout von SenStadtUm zu erstellen.

Die Bezirke informieren SenStadtUm frühzeitig über geeignete Anlässe für öffentlichkeits-wirksame Maßnahmen (z.B. Grundsteinlegung, Einweihung) und stimmen diese in den Grundzügen mit der Senatsverwaltung ab.

Die Bezirke und deren Beauftragte unterstützen die Öffentlichkeitsarbeit von SenStadtUm bedarfsbezogen und nach Abstimmung (z.B. durch Beiträge zur Internetseite und sonstigen Veröffentlichungen, Gebietsrundgänge).

Die Umsetzung der durchgeführten Publizitätsmaßnahmen ist in geeigneter Form (z.B. durch Fotos oder Einreichung von Originalmaterialien) zu dokumentieren und spätestens im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung nachzuweisen.

Umgang mit Verstößen gegen die Publizitätsvorschriften:

Durch den Bescheid bzw. die allgemeinen Förderauflagen wird der Fördernehmer auf das Einhalten der Publizitätsvorschriften verpflichtet. Dort ist auch geregelt, dass erhebliche Verstöße zu Finanzkorrekturen führen können. Hierzu wird ein abgestuftes Verfahren angewendet.

Umgang mit Prüffeststellungen bei Verstößen gegen die Publizitätsvorschriften

Unregelmäßigkeit	Erläuterung	Empfohlene Korrektur
A. Nachbesserung		
Verstoß gegen die Publizitätsvorschriften	Die Publizitätsbestimmungen wurden bei den Öffentlichkeitsmaßnahmen nicht eingehalten, eine Nachbesserung ist möglich UND erscheint sinnvoll (z.B. permanente Erinnerungstafeln oder Dokumentation auf einer Internetseite).	Die Möglichkeit der Nachbesserung hat stets Vorrang! In den Fällen, wo dies möglich ist, ist dem Fördernehmer eine Frist zur Nachbesserung auf eigene Kosten zu gewähren (1 Monat bei Erinnerungstafeln).
B. Erstmaliger Verstoß		
Erstmaliger Verstoß gegen die Publizitätsvorschriften	Zur Definition eines erstmaligen Verstoßes: Führt ein Fördernehmer gleichzeitig mehrere Projekte durch und bei der Prüfung dieser Projekte werden Verstöße gegen Publizitätsvorschriften festgestellt, so gelten diese als erstmalige Verstöße. In Abgrenzung dazu gilt, dass ein wiederholter Verstoß dann vorliegt, wenn der Fördernehmer bei späteren Projekten trotz der Hinweise des Programmdienstleisters in einer Vor-Ort-Prüfung oder trotz der Hinweise im Schlussbescheid wieder gegen die Publizitätsvorschriften verstößt.	Unabhängig von der Art des Verstoßes wird hier keine Kürzung vorgenommen, sondern ein deutlicher Hinweis in den Schlussbescheid bzw. Prüffeststellung auf die korrekte Einhaltung der Publizitätsvorschriften aufgenommen.
C. Wiederholter Verstoß		
Wiederholter Verstoß gegen die Publizitätsvorschriften	Die öffentlichkeitswirksamen Materialien weisen zum wiederholten Mal keine Förderhinweise auf.	Kürzung um 100 % von den Ausgaben zu dem betroffenen Produkt zur Öffentlichkeitsarbeit. <i>Die Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit sind in jedem Fall nachzuweisen.</i>

Rückforderungsvorbehalt im Schlussbescheid

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Gemäß Ziffer 11.10 der Ausführungsvorschrift zu § 44 Landeshaushaltsordnung ist in Schlussbescheiden der Satz aufzunehmen: „Rückforderungsansprüche aufgrund anders lautender Sachverhalte, die nachträglich bekannt werden, bleiben hiervon unberührt.“ Hier stellte sich die Frage, ob sich aus späteren Prüfungen (z.B. Sekundärkontrollen) auch nach Rechtskraft des Schlussbescheides Rückforderungen für Fördernehmer ergeben können.

Schlussbescheide werden erstellt, um für die Fördernehmer eine Verlässlichkeit hinsichtlich der Anerkennung von Ausgaben herzustellen. Sachverhalte, die nachträgliche Rückforderungen rechtfertigen, sind überprüfbare Tatsachen und Zusammenhänge, also z.B. Betrug durch bewusste Zurückhaltung oder Fälschung von Dokumenten bzw. Angaben, das Nicht-Aufbewahren von Belegen bis zum Ende der vorgeschriebenen Frist, eine Insolvenz oder die Zweckentfremdung von Gegenständen / Gebäuden vor dem Ablauf der Bindungsfrist.

Nicht unter diese Sachverhalte, die eine nachträgliche Rückforderung rechtfertigen, fallen hingegen andere Rechtsauffassungen, die sich z.B. im Rahmen von Sekundärkontrollen ergeben. Damit sind bei rechtskräftigen Schlussbescheiden Rückforderungen aufgrund von anderen Rechtsauffassungen im Rahmen späterer Prüfungen ausgeschlossen.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Sachbericht

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Der Sachbericht dient der inhaltlichen Beurteilung des Projektes.

Projektantrag: Diese Angaben werden der Projektskizze aus dem Vorverfahren entnommen.

Zahlungsabrufe: An dieser Stelle ist darzustellen, in welchem Stadium sich aktuell die Projektumsetzung befindet (Kann das Projekt im vereinbarten Zeitrahmen umgesetzt werden? Was läuft gut, was läuft weniger gut) und in welcher Höhe hierfür Mittel bereitzustellen sind.

Zwischennachweise und Verwendungsnachweise: Im Sachbericht sind die Verwendung der Fördermittel sowie das erzielte (Zwischen-) Ergebnis im Einzelnen darzustellen und vor allem den vorgegebenen Zielen gegenüber zu stellen und zu erläutern (wenn nötig), warum einige Ziele nicht erreicht werden konnten. Es sind Aussagen zu den Kooperationspartnern, zu den erreichten Zielgruppen, zur Nachhaltigkeit und zur Öffentlichkeitsarbeit zu treffen.

Im Einzelnen werden im Sachbericht Aussagen zu folgenden Tatbeständen erwartet:

- Verlauf sowie Ergebnisse des Projektes (Zwischennachweis: Stand der Projektdurchführung),
- die wesentlichen Erfahrungen, deren Verwertungsmöglichkeiten sowie Aussagen zur Nachhaltigkeit,
- der Beitrag des Projektes zu den Zielen des Förderprogramms (einschließlich des Zielerreichungsgrades der programmbezogenen Indikatoren),
- die Beschreibung des Umfangs der im Zuge des Projektes geleisteten ehrenamtlichen Arbeit, der als Eigenanteil eingesetzten geldwerten Mittel sowie der eingeworbenen Drittmittel
- die durchgeführten Maßnahmen zu Publizität und Bewohnerbeteiligung,
- die vorgesehenen Arbeiten / Teilmaßnahmen, die nicht durchgeführt wurden.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Sach- und Personalkosten der öffentlichen Verwaltung

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Ziffer 5.4 der VV SozStadt 2014 schließt solche Kosten von der Förderung aus. Hiermit sind Gehälter fest beschäftigter Mitarbeiter und für den unmittelbaren Bürobetrieb erforderliche Sachausgaben (wie z.B. Büromaterialien) gemeint; diese können allenfalls als (nicht-monetäre) Eigenleistung Bestandteil eines Projektes sein. Dienstleistungen Dritter oder projektbezogene Ausstattungen, auch wenn sie haushaltsrechtlich als Sachkosten betrachtet werden, sollen damit nicht ausgeschlossen werden und sind insofern förderfähig.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Sicherheitseinbehalte

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Förderfähig sind nur tatsächlich getätigte Ausgaben (Geldzahlungen).

Die Auszahlung der Sicherheitseinbehalte gegen Bankbürgschaft ist förderfähig. Die Zahlung auf ein Banksperrkonto ist nur förderfähig, sofern der Auftraggeber und der Auftragnehmer über die Gelder gemeinsam verfügen können.

Zahlungen auf speziell gekennzeichnete eigene Konten, die sich weiterhin im Verfügungsbereich der öffentlichen Stellen befinden (Verwahrkonten), stellen keine tatsächlich getätigten Ausgaben dar. Solche Zahlungen sind daher nicht förderfähig.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Skonto, Rabatt

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Das Gebot der Wirtschaftlichkeit verlangt, dass sämtliche Vergünstigungen, die in Anspruch genommen werden können, auch genutzt werden.

Werden Rabatte oder Skonti, die von einem Lieferanten eingeräumt werden, nicht in Anspruch genommen, werden diese dennoch bei der Ausgabenprüfung abgezogen. Dabei kommt es auch nicht darauf an, aus welchen Gründen z.B. Skonti nicht in Anspruch genommen wurden. Sollte der vom Rechnungssteller gewährte Zeitraum für Skonti unzumutbar kurz sein, so sollte der Fördernehmer hiergegen umgehend begründet Einspruch einlegen und dies dokumentieren.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Sonderkonto

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Für das geförderte Vorhaben ist ein gesondertes Konto einzurichten. Zudem ist – spätestens mit dem ersten Zahlungsabruf – die Eröffnung des Projektkontos durch ein Formblatt der Bank (Kontoeröffnungsblatt) bei der Förderstelle nachzuweisen.

Das eingerichtete Projektkonto ist für den unbaren Zahlungsverkehr für die geförderte Maßnahme zu verwenden, andernfalls kann Ihnen der Widerruf der Zuwendung drohen. Ausnahmen: Wenn im Projekt anteilige Kosten (z.B. antl. Personalkosten, Mietkosten o.ä.) anfallen, kann nach wie vor der Gesamtbetrag von einem Ihrer Hauptkonten gezahlt werden. Der Anteil ist vom Projektkonto an das Hauptkonto zu erstatten. Alle Ausgaben, die zu 100% das Projekt betreffen, sind von dem Projektkonto zu überweisen.

Für das Sonderkonto anfallende Gebühren sind förderfähig (Ausnahme: Aktionsfonds!). Sollzinsen sind nicht förderfähig. Habenzinsen müssen als Einnahmen aus Projektumsetzung gebucht werden.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Sonderzahlung

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Ein 13. Monatsgehalt oder Weihnachtsgeld ist förderfähig, wenn auf dieses ein Anspruch besteht.

Anderenfalls handelt es sich um nicht zuschuss- und erstattungsfähige freiwillige Leistungen. Der Anspruch auf Weihnachtsgeld oder ein 13. Monatsgehalt kann sich aus einem Tarifvertrag, einer Betriebsvereinbarung, einem Arbeitsvertrag oder aus der "betrieblichen Übung" heraus ergeben.

Von einer "betrieblichen Übung" wird gesprochen, wenn der Arbeitnehmer aus der regelmäßigen Verhaltensweise (z. B. Zahlung von Weihnachtsgeld in gleicher Höhe ohne Vorbehalt) des Arbeitgebers schließen kann, dass diese Leistungen bzw. Vergünstigungen auch in Zukunft gewährt werden. Zahlt der Arbeitgeber dies in drei aufeinanderfolgenden Jahren in gleicher Höhe, ist eine betriebliche Übung entstanden, die den Arbeitgeber auch in den folgenden Jahren zur Zahlung von (z.B.) Weihnachtsgeld (oder auch einem 13. Monatsgehalt) verpflichtet - dem Arbeitnehmer erwächst daraus ein vertraglicher Anspruch.

Der Arbeitgeber kann das Entstehen einer "betrieblichen Übung" umgehen, wenn die Zahlung unter einem "Freiwilligkeitsvorbehalt" erfolgt. Soll unter Berufung auf einen "Freiwilligkeitsvorbehalt" die Zahlung einer Gratifikation bzw. eines 13. Monatsgehalts entfallen, so ist diese Entscheidung den Arbeitnehmern zu Beginn des Bezugszeitraums mitzuteilen.

Bei einem 13. Monatsgehalt oder auch bei Weihnachtsgeld handelt es sich also dann um eine zu erstattende Sonderzahlung, wenn auf dieses 13. Monatsgehalt oder aber auch das Weihnachtsgeld ein vertraglicher Anspruch oder ein Anspruch durch "betriebliche Übung" entstanden ist. D.h. es muss jeweils geprüft werden, ob bereits vor Bewilligung der Zuwendung (bzw. Projektbeginn) ein Anspruch auf das 13. Monatsgehalt bzw. das Weihnachtsgeld/Sonderzahlung bestand. Anderenfalls handelt es sich um nicht zuschuss- und erstattungsfähige freiwillige Leistungen.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Steuerungsleistung

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

(siehe **Bauherrenleistungen** bzw. **Projektsteuerungskosten-Pauschale im Projektfonds**)

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Telefonkosten

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Telefonkosten werden im Projektfonds mit der Projektsteuerungskosten-Pauschale abgegolten. Im Aktionsfonds sind Telefonkosten Teil der Aufwandsentschädigung.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Transparenzdatenbank

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Fördernehmer, die juristische Personen oder Gesellschaften bürgerlichen Rechts sind, müssen sich vor der Antragstellung in der Transparenzdatenbank des Landes Berlin registrieren und dort die entsprechend der Nr. 1.5.3 der Ausführungsvorschrift zu § 44 Landeshaushaltsordnung erforderlichen Daten eingeben. Nur unter diesen Voraussetzungen ist eine Bewilligung möglich.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Trägerwechsel

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Bei einem Trägerwechsel ist kein Änderungsantrag sondern ein Neuantrag zu stellen: Der alte Träger muss das Projekt abrechnen und der neue Träger einen neuen Antrag stellen.

Auf einen Neuantrag kann verzichtet werden, wenn sich beide Träger darauf einigen, dass die noch zur Verfügung stehenden Fördermittel vom ersten auf den zweiten übergehen sollen und der Nachfolger die Rechte und Pflichten des Erstdurchführenden aus dem Zuwendungsbescheid übernimmt einschließlich der Abrechnung der Fördermittel.

In Einzelfällen, bei denen z.B. ein Träger die Projektbetreuung an eine Tochtergesellschaft überträgt und in der Regel dieselben Kollegen mit der Bearbeitung des Projektes betraut bleiben, ist vorab schriftlich gegenüber dem Fördergeber zu erklären, dass:

→ das (Tochter-)Unternehmen die Bedingungen erfüllt,

→ die Rechtsfolge und Haftung klar geregelt ist.

Dann kann auf einen Neuantrag verzichtet werden. Bitte nehmen Sie wegen der Klärung der technischen Umsetzbarkeit in der Förderdatenbank EurekaPlus 2.0 Kontakt zum Programm-dienstleister auf.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Umsatzsteuer

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Die Senatsverwaltung für Finanzen hat Klarstellungen zum Umgang mit Umsatzsteuer bei Zuwendungen vorgenommen.

Danach fallen echte Zuschüsse (also Zuwendungen), da sie unabhängig von einer konkreten Leistung gewährt werden, nicht unter die Umsatzsteuer.

Wenn der Fördernehmer vorsteuerabzugsberechtigt ist, muss er vorab mit dem Finanzamt klären, ob er für das beantragte Vorhaben von der USt befreit werden kann.

Falls es sich um Leistungen bzw. ein Leistungsaustauschverhältnis handelt, ist an Stelle der Zuwendung ein Vertrag abzuschließen. Hier fällt dann gegebenenfalls Umsatzsteuer an und ist auch förderfähig. Die Vergabevorschriften sind selbstverständlich zu beachten.

Für vom Fördernehmer eingekaufte Sach- oder Honorarleistungen sind von den Unternehmen, die der Umsatzsteuer unterliegen, ausnahmslos die Nettobeträge anzusetzen. Die Bruttobeträge können nur anerkannt werden, wenn der Fördernehmer unter die Kleinunternehmerregelung fällt. Gleiches gilt, wenn er (z.B. als Verein) generell nicht der Umsatzsteuer unterliegt oder die Mittel ausschließlich als Zuwendung zur Weitergabe an Dritte bestimmt sind (wie beim Aktionsfonds).

Die Zuwendungsbescheide enthalten zur Klarstellung folgenden Hinweis:

„Bei dieser Projektförderung handelt es sich nicht um ein Leistungsaustauschverhältnis, so dass die Zahlungen nicht der Umsatzsteuer unterliegen.

Eventuelle Umsatzsteuerzahlungen werden Ihnen deshalb aus den Fördermitteln auch nicht erstattet.

Sofern Sie grundsätzlich vorsteuerabzugsberechtigt sind, werden zudem für die eingekauften Leistungen allein die Nettokosten erstattet (siehe Ziffer 6.2.2 Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung, ANBest-P).

Die Anerkennung von Bruttobeträgen ist nur möglich, wenn

- für Sie die Kleinunternehmerregelung gemäß § 19 Umsatzsteuergesetz gilt,*
- Sie die Mittel ausschließlich zur Weitergabe an Dritte erhalten oder*
- Sie eine verbindliche Auskunft des Finanzamtes vorlegen, dass in diesem Fall ein Vorsteuerabzug nicht gegeben ist.“*

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Vergabe, einzureichende Unterlagen

Alle mit öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen sind öffentlich auszuschreiben. Abweichungen bedürfen der Begründung.

Zur einzureichenden vollständigen Vergabedokumentation gehören folgende Unterlagen:

A) für Bauleistungen VOB/A

1. Aufforderung zur Angebotsabgabe
2. Nachweis der Veröffentlichung (bei öffentlicher Ausschreibung)
3. Begründung zur Wahl der Vergabeart (bei Abweichung von der öffentlichen Ausschreibung)
4. Submissionsprotokoll (Eröffnungstermin – Niederschrift)

5. Preisspiegel; bei freihändiger Vergabe: Angebotsauswertung/Matrix oder die Vergleichsangebote
6. Vergabevermerke (Entscheidung über den Zuschlag)
7. Zuschlagsangebot (Auftrags-LV)
8. Auftrag
9. Nachträge: Nachtragsangebot, Auftrag und Begründung

B) Lieferungen / Dienstleistungen (VOL/A) und Freiberufl. Leistungen (VOF)

1. Aufforderung zur Angebotsabgabe einschl. Leistungsbeschreibung
2. Angebotsauswertung/Matrix oder die Vergleichsangebote
3. Vergabevermerk (Entscheidung über den Zuschlag)
4. Zuschlagsangebot
5. Auftrag bzw. HOAI Vertrag

Ggf. weitere Unterlagen zur Erläuterung (z. B. bei Wettbewerben etc.)

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Vergabe, freiberufliche Leistungen

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Bei freiberuflichen Leistungen unterhalb der EU-Schwellenwerte sind mindestens drei Vergleichsangebote einzuholen. Das Einholen von Vergleichsangeboten ist so zu verstehen, dass es nicht ausreicht, geeignete potenzielle Bieter zur Angebotsabgabe aufzufordern, sondern dass im allgemeinen Angebote auch tatsächlich beim Auftraggeber vorliegen müssen, da nur so die Wirtschaftlichkeit der Vergabe zu ermitteln ist.

Eine Vergabe auf Basis nur eines vorliegenden Angebotes ist im Einzelfall bei folgenden Ausnahmetatbeständen zulässig, wenn diese nachvollziehbar begründet und dokumentiert sind:

1. wenn aus besonderen (z.B. rechtlichen oder technischen Gründen) nur ein Unternehmen in Betracht kommt und sein Angebot wirtschaftlich ist (d.h. innerhalb des Kostenrahmens liegt oder durch Umschichtungen aus anderen Positionen finanzierbar ist oder wenn trotz nachgewiesener wiederholter Aufforderung mehrerer Anbieter zur Abgabe von Angeboten nur ein Angebot eingegangen ist und die Wirtschaftlichkeit des vorhandenen Angebotes nachgewiesen ist (z.B. durch Vergleiche mit vorangegangenen oder anderen Aufträgen).

Sind diese Umstände nicht gegeben, muss der Auftraggeber weitere geeignete Unternehmen zur Angebotsabgabe auffordern, bis mindestens drei Vergleichsangebote tatsächlich vorliegen. Um den Prozess der Angebotseinholung kurz zu halten, ist zu empfehlen, den Kreis der angefragten Unternehmen von vornherein so zu wählen, dass die Abgabe mehrerer Angebote sehr wahrscheinlich ist.

Auch für Grundleistungen nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) besteht diese Pflicht, selbst wenn ein Preiswettbewerb durch die Vorgaben der HOAI ausgeschlossen ist.

Achtung: Eine Ausnahme vom gebotenen Vergabeverfahren aufgrund des Ausnahmetatbestandes der Dringlichkeit ist eng begrenzt; bevorstehender Wintereinbruch oder zu verausgabende Jahresraten gelten i.d.R. NICHT als Ausnahmetatbestand!

Bei einem Auftrag mit einem voraussichtlichen Wert bis zu 500 Euro ist ein formloser Preisvergleich ausreichend.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Vergabe, geringfügig

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Für Vergaben bis 500 Euro ist gemäß Ziffer 7.4 Ausführungsvorschrift zu § 55 Landeshaushaltsordnung ein formloser Preisvergleich ausreichend. In diesen Fällen wird auf die Vorlage einer Dokumentation des formlosen Preisvergleichs durch die Fördernehmer verzichtet. Sofern sich in der Prüfung bei einzelnen Positionen Zweifel ergeben, ob die Vergabe bestimmter Leistungen dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit entspricht, muss der Fördernehmer aber Angaben zur Vergabe (z.B. zum durchgeführten Preisvergleich) machen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Vergabe, Internetrecherche

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Eine freihändige Vergabe (zu den Details wird auf den [Vergabe-Reader](#) verwiesen) kann auch auf Basis einer Internetrecherche durchgeführt werden. Die Ergebnisse der Recherche von mindestens drei Internetangeboten sind schriftlich festzuhalten, damit Prüfer das Verfahren nachvollziehen können. Bei der Nutzung eines sogenannten virtuellen Marktplatzes ist zu bedenken, dass nicht nur der Preis, sondern auch die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Händler (Gewährleistung, Skonto u. ä) sowie Fachkunde, Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit in die Wirtschaftlichkeitsberechnung einzubeziehen sind.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Vergabe, Rahmenverträge

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Leistungen, die im Zuge der „Rahmenverträge für besondere Bauunterhaltungsmaßnahmen“ (gemäß Rundschreiben SenStadt VI A Nr. 23/2006) durchgeführt werden, sind nicht förderfähig, da aufgrund der Förderzusage der Mitteleinsatz planbar ist und es insofern an der Nicht-Vorhersehbarkeit fehlt, die notwendige Begründung für den Einsatz von Rahmenverträgen ist. Dies bedeutet eine Kürzung um 100% aller Ausgaben innerhalb von Rahmenverträgen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Vergabe, Veröffentlichungspflicht

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Bei freihändigen Vergaben ab 15.000 € und bei beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb ab 25.000 € (jeweils ohne Umsatzsteuer) ist die Öffentlichkeit nach deren Durchführung in geeigneter Form über das Verfahren und den beauftragten Bieter zu informieren. Für diese Information ist die Vergabepattform des Landes Berlin zu nutzen. Nach einer Registrierung ist die Eingabe der Daten mittels einer Eingabemaske möglich. Nähere Informationen finden Sie unter <http://www.vergabepattform.berlin.de>.

Der Nachweis über die erfolgte Ausschreibung ist unbedingt vorzulegen, z.B., in Form eines Screenshots bei Veröffentlichungen auf Online-Plattformen.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Vergabe-Reader

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Den Vergabe-Reader Teil I: Vergabe von Dienst-, Liefer- und Bauleistungen im Programm ZISII, den Vergabe-Reader Teil II: Beispiele aus der Prüfpraxis, finden Sie [hier](#). Das Vergabemerkbblatt finden Sie [hier](#).

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Vergabeverstöße

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Verstöße gegen die Vergabebedingungen führen zu einer Kürzung beziehungsweise zu einer Aberkennung der Fördermittel. Die Kürzungen können bis zu 100% der Kosten vom Auftragswert einer nicht ordnungsgemäß vergebenen Leistung umfassen.

Eine Auflistung der Vergabeverstöße und deren Konsequenzen kann [hier](#) nachgelesen werden.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Versicherungsbeiträge

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Uneingeschränkt förderfähig sind Beiträge für gesetzlich vorgeschriebene Versicherungen (z.B. Rentenversicherung). Freiwillige Versicherungen (für Sach- oder Personenschäden) sind hingegen nur förderfähig, sofern deren Abschluss im konkreten Fall wirtschaftlich ist.

Entsprechend ist es bei freiwilligen Versicherungen zwingend, dass diese bereits bei der Antragstellung angegeben werden. Nur so kann die Förderstelle deren Wirtschaftlichkeit (also ob der Abschluss wirtschaftlicher ist als die Schadensregulierung) vor Bewilligung prüfen. Eine nachträgliche Aufnahme von Versicherungsbeiträgen im Zuge des Verwendungsnachweises ist nicht möglich.

Im Schadensfalle sind die von der Versicherung gezahlten Beträge als Einnahme anzugeben. Bei bereits abgeschlossenen Projekten sind die Mittel an die Förderstelle zurückzuzahlen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Verwendungsnachweis

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Spätestens 3 Monate nach Beendigung des Projektes ist ein Verwendungsnachweis einzureichen (siehe VV SozStadt 2014, Punkt 7.4.1). Der Verwendungsnachweis besteht aus einem zahlenmäßigen Nachweis mit Belegliste, die sich aus den in der Förderdatenbank EurekaPlus 2.0 erfassten Belegen generieren, einem Sachbericht und der Darstellung der Zielerreichung auch anhand der programmbezogenen Indikatoren.

In dem Sachbericht sind die Verwendung der Fördermittel sowie der Verlauf des Projektes und das erzielte Ergebnis im Einzelnen darzustellen und vor allem den vorgegebenen Zielen gegenüber zu stellen. Es sind Aussagen zu den Kooperationspartnern, zu den erreichten Zielgruppen, zur Nachhaltigkeit, zur Öffentlichkeitsarbeit und zu den Eigenleistungen zu treffen. Die Öffentlichkeitsmaßnahmen sind durch Exemplare zu belegen (z.B. Broschüren, Plakate, Flyer).

Der zahlenmäßige Nachweis (mit Belegliste) enthält alle Ausgaben in zeitlicher Folge voneinander getrennt entsprechend der Gliederung des Kosten- und Finanzplanes sowie alle mit dem Verwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen, wie Eigen- und Drittmittel.

Des Weiteren ist dem Verwendungsnachweis, sofern erforderlich, ein Inventarverzeichnis beizufügen.

Zahlungsbelege öffentlicher Stellen:

Von öffentlichen Stellen sind mit den Verwendungsnachweisen Rechnungs- und Zahlungsbelege in beglaubigter Form und die Vergabedokumentation einzureichen.

Für die Zahlungsbelege gilt folgende Vereinfachung: Statt Einzelbelegen (beglaubigte Kopie der Original-Auszahlungsanordnung) kann auch je Zahlungsnachweis eine beglaubigte Fassung der Haushaltsüberwachungsliste (HÜL-Ausgaben) eingereicht werden. In dieser müssen allerdings – wenn das Unterkonto mehr als ein Projekt umfasst – die einzelnen Buchungen dem Projekt zugeordnet werden (z.B. durch farbliche Markierungen oder Nummerierungen). Aufgrund der projektbezogenen Aktenführung ist für jedes Projekt eine separate Hü-Liste einzureichen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Vorsteuerabzug

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Vorsteuerabzug, siehe [Umsatzsteuer](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Weihnachtsgeld

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Weihnachtsgeld, siehe **Sonderzahlung**

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Widerruf

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Die Bewilligung kann widerrufen, d.h. zurück genommen werden, wenn

- der Fördernehmer die Mittel **nicht** innerhalb der festgelegten Fristen seit Auszahlung der Zuwendung für den im Zuwendungsbescheid bestimmten Zweck verwendet,
- das Gleiche gilt bei einer Verwendung außerhalb des Bewilligungszeitraumes, einer unwirtschaftlichen Verwendung oder bei einem Verstoß gegen das Besserstellungsverbot,
- festgestellt wird, dass die Bewilligung durch Angaben erwirkt wurde, die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren oder
- der Fördernehmer **nicht** mehr leistungsfähig, kreditwürdig oder zur Erfüllung seiner Verpflichtung in der Lage ist, ein Konkurs- oder Vergleichsverfahren eröffnet bzw. vom Fördernehmer beantragt wurde oder die Einleitung des Konkursverfahrens mangels Masse abgelehnt wurde,
- aus Zuwendungsmitteln bezahlte Gegenstände **nicht mehr** (innerhalb der zeitlichen Bindung) für den Verwendungszweck verwendet werden.

Wird ein bereits bewilligtes Projekt von einer öffentlichen Stelle widerrufen, so muss der Programmdienstleister schriftlich durch die Förderstelle informiert werden, damit dies in der Berichterstattung berücksichtigt werden kann. Dadurch werden auch die Projektdurchführenden nicht mehr mit Mahnungen belastet.

Unwirksamkeit, Rücknahme oder Widerruf von Zuwendungsbescheiden sowie die Erstattung der Zuwendung und die Verzinsung des Erstattungsbetrages richten sich nach Verwaltungsverfahrenrecht (vgl. insbesondere §§ 48, 49, 49a Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG), §§ 45, 47, 50 SGB X). Die erforderlichen Verwaltungsakte sind regelmäßig unter Angabe der Rechtsgrundlage schriftlich zu begründen (§ 39 VwVfG). Auf die Anhörungspflicht nach § 28 VwVfG wird hingewiesen.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Zahlungsabruf (Private)

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Um die im Zuwendungsbescheid benannten Mittel ausgezahlt zu bekommen, muss der Fördernehmer einen Zahlungsabruf bei der Förderstelle einreichen. Hierfür steht beim PDL (alternativ über die Förderstelle) ein entsprechendes Formular zur Verfügung.

Im Zahlungsabruf ist der Stand des Projektes in einem **Sachbericht** kurz zu dokumentieren, damit die Förderstelle prüfen kann, ob die Auszahlung angemessen ist. Zudem ist anzugeben, in welchem Umfang Mittel für die Arbeit der kommenden Monate (siehe auch Fristen für die Fördernehmer) benötigt werden.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Zweckbindungsfrist

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Werden während der Durchführung eines Vorhabens Gegenstände erworben oder hergestellt deren Wert 150 € (ohne Umsatzsteuer) übersteigt oder Baumaßnahmen finanziert, die zur Erfüllung deswendungszweckes dienen, so sind diese an den Förderzweck gebunden und dürfen nur für diesen Zweck verwendet werden.

Die Zweckbindung wird generell auf 5 Jahre festgesetzt. Die Förderstelle kann je nach Projekinhalt und Förderumfang im Zuwendungsbescheid bzw. im Vertrag eine abweichende Zweckbindungsfrist bestimmen. Für bauliche Maßnahmen gilt eine 10-jährige Zweckbindung. (siehe auch Inhalt unter **Inventarisierung**)

In 4.1. Allgemeine Nebenbestimmungen (ANBestP) zu § 44 Landeshaushaltsordnung steht: „Gegenstände, die zur Erfüllung deswendungszweckes erworben oder hergestellt werden, sind für denwendungszweck zu verwenden und sorgfältig zu behandeln. Derwendungsempfänger darf über sie vor Ablauf der im Zuwendungsbescheid festgelegten zeitlichen Bindung nicht verfügen!“

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Zwischennachweis (Private)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Generell ist bei mehrjährigen Vorhaben ein Zwischennachweis über das jeweils abgelaufene Haushaltsjahr bis zum 31.03. des Folgejahres einzureichen. Der Zwischennachweis besteht aus einem ausführlichen Sachbericht, der Darstellung der Zielerreichung auch anhand der programmbezogenen Indikatoren und einem zahlenmäßigen Nachweis mit Belegliste, der sich aus den in der Förderdatenbank EurekaPlus 2.0 erfassten Belegen generiert.

Sollte das Vorhaben ab dem 01.10. beginnen oder zum 31.03. des Folgejahres enden, so kann auf die Vorlage des Zwischennachweises verzichtet werden. Der Zwischennachweis des Folgejahres bzw. der Verwendungsnachweis schließt dann diesen Zeitraum ein.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Zwischennachweis (öffentliche Stellen)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Öffentliche Stellen der Landesverwaltung erhalten die bewilligten Fördermittel im Wege der auftragsweisen Bewirtschaftung. Insofern sind dafür keine Zahlungsabrufe erforderlich. Allerdings sind öffentliche Stellen verpflichtet, jährlich einen Zwischennachweis vorzulegen. Dieser besteht aus einer kurzen Darstellung zum Projektstand (Sachbericht) und einem zahlenmäßigen Nachweis mit Belegliste, der sich aus den in der Förderdatenbank EurekaPlus 2.0 erfassten Belegen generiert, und ist bis zum 31.03. des Folgejahres beim Programmdienstleister einzureichen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)